

# 06.2016

## AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	27

## VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	30

## SERVICE

Termine	32
Impressum	32

## ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 33  
Schwerpunkt: Bildungsarbeit mit Flüchtlingen

### THEMEN DES MONATS

Nachhaltigkeit

## Fläche sparen trotz Wohnungsnot?

**Das 30-Hektar-Ziel der Bundesregierung steht unter Druck**  
Seite 2

Energiepolitik

## Das große Unwissen

**Landesbehörden zeigen bei der Fossilenförderung  
Transparenzdefizite**

Seite 4

Ernährung und Landwirtschaft

## Veganismus – Interessen und Folgen

**Der Verzicht auf tierische Produkte bremst nicht nur die  
Massentierhaltung, sondern auch den Ökolandbau**

Seite 6

Interview: Tobias Pforte-von Randow über Klimaschutzaktionsplan

## „Kein Sektor darf weniger reduzieren“

**Wie die deutschen Bemühungen verschärft und an die in Paris  
beschlossenen Ziele angepasst werden müssen**

Seite 13

## Nachhaltigkeit

# Fläche sparen trotz Wohnungsnot: Geht das?

Das 30-Hektar-Ziel der Bundesregierung steht unter Druck

**Die Nachhaltigkeitsstrategie hat das Ziel gesetzt, dass bis 2020 nur noch 30 Hektar täglich an Fläche neu in Anspruch genommen werden sollen. Angesichts von Wohnungsnot und Flüchtlingszuzug steht derzeit infrage, ob das Ziel fortgeschrieben wird. Vor dem Hintergrund einer langfristig abnehmenden Bevölkerung ist dies aber dringend notwendig.**

■ VON MECHTHILD BARON UND MIRIAM DROSS, SRU

Deutschlands Bevölkerung nimmt ab, wird älter und zieht in die Städte: Mit diesem Satz lässt sich die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zusammenfassen. Unsicherheiten betreffen vor allem den ersten Punkt. Angesichts der hohen Zuwanderung im Jahr 2015 ist offen, ob die Bevölkerung Deutschlands tatsächlich, wie es das Statistische Bundesamt erwartet, bis 2060 auf zwischen 68 und 73 Millionen zurückgehen wird.<sup>(1)</sup> Allerdings gab es bereits Anfang der 1990er-Jahre einen sehr hohen Anstieg der Zuwanderung, ohne dass der Trend sich umkehrte. Wollte man die Bevölkerungszahl bis 2035 konstant halten, bedürfte es eines Wanderungssaldos in der Größenordnung von jährlich rund 400.000 Personen.<sup>(2)</sup> Dass diese Zahlen dauerhaft erreicht werden, darf angesichts der gegenwärtigen politischen Diskussion bezweifelt werden.

Da die Geburtenzahlen voraussichtlich konstant niedrig bleiben werden und die Lebenserwartung weiter steigen wird, können die Annahmen zur zukünftigen Altersstruktur als relativ sicher angesehen werden. Nach der Prognose des Statistischen Bundesamtes wird im Jahr 2030 bereits mehr als jeder Vierte mindestens 65 Jahre alt sein und nur noch (fast) jeder Sechste jünger als 20. Dies wird gesamtgesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen, die auch den Wohnraumbedarf betreffen.

Die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands zeigen schon jetzt eine anhaltende Tendenz zur Verstädterung einiger Regionen. Vor allem die Großstädte Berlin, München, Hamburg, Frankfurt am Main, Leipzig, Köln, Stuttgart, Dresden und Münster sowie die Region Hannover verzeichnen einen Bevölkerungszuwachs.

Bei den Ballungsräumen existieren aber auch solche mit deutlichen Bevölkerungsrückgängen (Ruhrgebiet, Saarbrücken). Im Osten Deutschlands steht dem Wachstum in einigen städtischen Regionen ein ausgeprägter Bevölkerungsrückgang auf dem Land gegenüber. Im Westen Deutschlands gibt es sowohl ländliche Regionen mit Bevölkerungsverlusten (Nordostbayern, Südniedersachsen) als auch solche mit Bevölkerungsgewinnen (Emsland, Schleswig).

## Die Flächeninanspruchnahme ist regional sehr unterschiedlich

Einen relevanten Anteil der Neuinanspruchnahme verursacht der Bau von Wohnraum. Dabei entwickeln sich Siedlungs- und Verkehrsflächen insgesamt in wachsenden und schrumpfenden Regionen sehr unterschiedlich. In kreisfreien Großstädten war die Neuinanspruchnahme von Flächen zwischen 2009 und 2012 anteilig am geringsten. In dünn besiedelten, ländlichen Kreisen war sie dagegen am höchsten, was vermutlich unter anderem an den geringeren Bodenpreisen und der Flächenverfügbarkeit liegt.<sup>(3)</sup>

Auch dort, wo die Bevölkerung zunimmt, wird zwar Fläche verbraucht – aber nicht zwingend in gleichem Maße. So wuchs in Berlin und Hamburg die Bevölkerung stärker als der Flächenverbrauch für Wohnzwecke. Bevölkerungsentwicklung und Flächenverbrauch sind dort weitgehend entkoppelt. Eine große Nachfrage im städtischen Bereich führt im besten Falle zur Aktivierung von Baulücken, brachliegenden oder unternutzten Flächen (*das sind Flächen, deren derzeitige extensive Nutzung die bestehenden Nutzungspotenziale nicht ausschöpft; Red*), die bereits inf-

rastrukturell erschlossen sind. Möglichkeiten sind zum Beispiel die Sanierung von Industrie- und Gewerbeflächen, die Umnutzung von Gebäuden, Abriss und Neubebauung oder auch die Nachverdichtung im Bestand.

## Bedarf an Wohnungen: günstig und innerstädtisch

Neue Wohnungen werden nicht überall, sondern in erster Linie in Ballungsräumen und gefragten Mittelstädten benötigt. Weit überdurchschnittlich hohe Zuwächse der Wohnflächennachfrage im Zeitraum bis 2030 werden vor allem für die Großstädte Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf und deren Umland sowie in Teilen von Nordniedersachsen, Baden-Württemberg und Südbayern prognostiziert.<sup>(4)</sup> In den Wachstumsregionen ist aber insbesondere der Bedarf an preisgünstigem Wohnraum gestiegen. Dies wird durch Studien und Erhebungen der zuständigen städtischen Stellen und anderer Institutionen gestützt.<sup>(5)</sup> Allerdings bleibt die Bautätigkeit deutlich hinter dem bekannten Bedarf zurück. Gleichzeitig steigen die Mieten: Gerade in den prosperierenden Großstädten und Universitätsstädten weichen die Miethöhen bei Neu- und Wiedervermietung mittlerweile sehr deutlich von den ortsüblichen Vergleichsmieten ab. Die Mietsteigerungen bewegten sich in den größten deutschen Städten innerhalb von drei Jahren zwischen 4 und über 20 Prozent.<sup>(6)</sup>

Ursachen für die zunehmende Knappheit von bezahlbarem Wohnraum in einzelnen Stadtregionen sind neben der unzureichenden Wohnungsbautätigkeit das Auslaufen von Belegungsbindungen im

sozialen Wohnungsbau und die neue Attraktivität des Wohnens in der Stadt. Der soziale Wohnungsbau hat in Deutschland deutlich an Bedeutung verloren. Verursacht wurde dies durch die Abschaffung der Privilegien und Bindungen der Wohnungsgemeinnützigkeit 1988 sowie den Rückzug des Bundes aus der Förderung. Von 2,6 Millionen Sozialwohnungen im Jahr 2002 schrumpfte die Zahl auf 1,5 Millionen 2012. (7) Jahr für Jahr verlieren circa 100.000 Wohnungen ihren Status als Sozialwohnung, weil die Sozialbindung nicht verlängert wird. Als Reaktion auf den angespannten Wohnungsmarkt hat der Bund 2015 eine Verdoppelung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf jährlich etwa eine Milliarde Euro von 2016 bis 2019 beschlossen.

### Trend: Bauen in die Höhe wieder en vogue

Die Höhe des jährlichen Neubaubedarfs für Wohnungen ist höchst umstritten. Langfristig wird die Bevölkerung allerdings selbst bei einer weiterhin eher hohen Einwanderungsrate abnehmen. Auch bei einem anhaltenden Trend zu mehr Singlehaushalten wird die Anzahl der Haushalte ab 2025 wohl langsam sinken. Der mittelfristige Zuwachs an Wohnungen, ablesbar an den Wohnungsbaugenehmigungen, muss unter dem Gesichtspunkt des Flächenverbrauchs daher differenziert bewertet werden. Handelt es sich um platzsparenden Geschosswohnungsbau oder um flächenintensive Eigenheime? Die aktuellen Entwicklungen zeigen den – aus Flächenschutzgründen sehr erfreulichen – Trend hin zum Geschosswohnungsbau. Seit 2013 werden mehr Wohnungen in Mehrfamilienhäusern genehmigt als in Ein- oder Zweifamilienhäusern.

Der jährliche Zuwachs an fertiggestellten Ein- und Zweifamilienhäusern veränderte sich über die Zeit eher träge. Der Bau von Mehrfamilienhäusern reagierte dagegen stärker auf äußere Gegebenheiten. So gab es in den 1990er-Jahren einen erhöhten Wohnungsbedarf, der sich in einem deutlichen Zuwachs widerspiegelte. Eigenheime werden dagegen offensichtlich vor allem aufgrund von persönlichen Wohnpräferenzen im Rahmen der individuellen wirtschaftlichen und finanziellen

Rahmenbedingungen errichtet. Der gegenwärtige Wohnungsmangel resultiert daher vor allem aus dem seit dem Jahr 2000 stark zurückgegangenen Anteil des Geschosswohnungsbaus.

Der Anteil der Wohnform hat einen erheblichen Einfluss auf die Flächenneuanspruchnahme. Von den 2014 fertiggestellten Wohnungen (rund 245.000) wurden knapp 210.000 in neuen Gebäuden errichtet, davon etwa 110.000 als Ein- und Zweifamilienhäuser und 100.000 in Mehrfamilienhäusern. Rein rechnerisch lag die tägliche Flächenneuanspruchnahme bei 19,4 Hektar (ha) für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und lediglich bei 2,4 ha für Wohnungen im Geschosswohnungsbau. (8) Schließlich belegt eine neu errichtete Wohnung im Einfamilienhaus durchschnittlich mit 732 Quadratmetern (m<sup>2</sup>) etwa 50 Prozent mehr Grundstücksfläche als eine Wohnung im Zweifamilienhaus (495 m<sup>2</sup>) und gar 550 Prozent mehr Grundstücksfläche als eine Wohnung im Mehrfamilienhaus (112,5 m<sup>2</sup>). (9)

### Fläche bewahren durch Zertifikatehandel

Der Bedarf an Wohnraum lässt sich decken, ohne dass das Flächensparziel gefährdet wird. Auch die Bundesregierung sieht keinen Widerspruch zwischen der notwendigen Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem und qualitativ hochwertigem Wohnraum. Sie ist der Auffassung, dass selbst wenn Maßnahmen der Innenentwicklung außer Acht gelassen würden, ausreichend Wohnungen gebaut werden können, ohne das 30-Hektar-Ziel zu verletzen. Von den zahlreichen Instrumenten, die zur Begrenzung des Flächenverbrauchs zur Verfügung stehen, muss jetzt Gebrauch gemacht werden. Diese sind seit Jahren bekannt. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Flächenhandel zu. Der laufende Modellversuch zum Flächenzertifikatehandel zeigt, dass ein Flächenhandelssystem in der Lage ist, den Flächenverbrauch effektiv zu verringern. Nach Abschluss des Modellversuchs sollte daher über eine konkrete Umsetzung nachgedacht werden. Das bestehende Flächenziel der nationalen

Nachhaltigkeitsstrategie sollte als Netto-Null-Hektar-Ziel bis 2030, wie es der Bundesrat bereits seit 2011 unterstützt, fortgeschrieben werden, um das Thema auf der politischen Agenda zu halten. (10)

### Links

- (1) [www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060)
- (2) [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2015/AK052015](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2015/AK052015)
- (3) [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2014/AK072014](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2014/AK072014)
- (4) [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2015/AK072015](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2015/AK072015)
- (5) [www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01\\_Umweltgutachten/2016\\_Umweltgutachten\\_Kap\\_04](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_Umweltgutachten_Kap_04)
- (6) [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2014/AK092014](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/AnalysenKompakt/2014/AK092014)
- (7) [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/WohnenImmobilien/Immobilienmarktbeobachtung/ProjekteFachbeitraege/Bautaetigkeit/WohnungengpaesseBallungsgebiete](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/WohnenImmobilien/Immobilienmarktbeobachtung/ProjekteFachbeitraege/Bautaetigkeit/WohnungengpaesseBallungsgebiete)
- (8) <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804172.pdf>
- (9) [www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/2587.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/2587.pdf)
- (10) [www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2011/0501-0600/590-11\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2011/0501-0600/590-11(B).pdf)

Dr. Mechthild Baron arbeitet seit 2007 als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim SRU zu den Themen Abfallwirtschaft und Bodenschutz.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 263696-127,  
E-Mail: mechthild.baron@  
umweltrat.de,  
www.umweltrat.de

Die Juristin Miriam Dross arbeitet seit 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim SRU, unter anderem zu den Themen Umweltrecht und Energierecht.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 263696-108,  
E-Mail: miriam.dross@  
umweltrat.de,  
www.umweltrat.de

## Energiepolitik

# Das große Unwissen

Landesbehörden zeigen bei der Fossilförderung Transparenzdefizite

**Monitoring und Anwohner\*inneninformation lassen in der deutschen Erdöl- und Erdgasförderung zu wünschen übrig – dabei sind Störfälle keine Seltenheit. Ausströmendes Öl oder Gas sind leicht entzündlich und werden in der Regel schnell bemerkt, doch Verschmutzungen durch Leckagen bleiben oft lange unentdeckt. In der Zivilgesellschaft regt sich Widerstand.**  
**■ VON MIRJA SCHODERER, DNR**

Die konventionelle Förderung von Erdöl und Erdgas gilt als beherrschbare Technik. Dennoch kommt es immer wieder zu Störfällen – insbesondere undichte Leitungen und an den Bohrstätten entweichendes Öl oder Gas belasten die Umwelt.

Erdöl und Erdgas werden in Deutschland vor allem in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gewonnen. Die Bohrstätten gehören Branchenriesen wie ExxonMobil, der DEA Group oder der Wintershall. Im Jahr 2014 förderte die Branche insgesamt 2,43 Millionen Tonnen Erdöl und 10,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas.

## Störfälle verursachen Umwelt- und Gesundheitsrisiken

Im gleichen Jahr ereigneten sich nach Angaben des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) mehr als 20 Störfälle, bei denen über 400.000 Liter Lagerstättenwasser und mehr als 150.000 Liter Nassöl ausgetreten sind. Als Lagerstättenwasser bezeichnet man Wasser, das in einem Erdöl- oder Erdgasspeicher vorhanden ist und bei der Gewinnung mitgefördert wird. Nassöl ist ein Gemisch aus Öl und Lagerstättenwasser. Beide können Quecksilber und andere giftige Schwermetalle sowie flüssige Kohlenwasserstoffe wie Benzol enthalten. Diese Stoffe sind extrem gesundheitsschädlich, Benzol zum Beispiel wirkt hochgradig krebserregend.

Ein Blick zurück offenbart das drastische Ausmaß der Verunreinigung auch in Deutschlands nördlichstem Bundesland. Nach Angaben der Landesregierung

Schleswig-Holsteins sind seit 1965 im Zusammenhang mit der Förderung von Erdöl und der Verpressung von Lagerstättenwasser unter anderem fast 1,5 Millionen Liter Nassöl ausgelaufen, eine halbe Million Liter Salzwasser – womit wahrscheinlich Lagerstättenwasser gemeint ist –, außerdem eine Viertel Million Liter Reinöl und 7.000 Liter Heizöl.

Die meisten Leckagen entstehen durch den Einsatz von Polyethylen-Rohren (PE-Rohren), die der Aggressivität der chemischen Stoffe im Lagerstättenwasser nicht standhalten können. Diese fressen sich durch die Rohre und sorgen dafür, dass das kontaminierte Wasser ins Erdreich eintritt. 2011 hatte das LBEG umfassende Untersuchungen entlang der PE-Leitungen angeordnet und den Weiterbetrieb von PE-80-Rohren untersagt, wenn diese quecksilber- und benzolhaltiges Wasser führen. Die Förderunternehmen sollten zudem nachweisen, dass aus den übrigen PE-Rohren keine Giftstoffe entweichen, und im Fall von Leckagen oder Diffusion die Leitungen unverzüglich außer Betrieb nehmen. Trotz dieser Maßnahmen wurden 2012 im niedersächsischen Völkersen bis zu 5700 Mikrogramm Benzol pro Kubikmeter im Boden in der Nähe einer PE-Lagerstättenwasserleitung gemessen. Zum Vergleich: Die Akzeptanzkonzentration beträgt 0,2 Mikrogramm.

Gefahrenfrei ist die Förderung von Erdöl und Erdgas also keineswegs. Dennoch kann von einem systematischen Monitoring der Umweltfolgen nicht die Rede sein. Laut Artikel 69 Absatz 1 des Bundesberggesetzes (BBergG) sind die jeweiligen Landesbehörden für die Aufsicht der Unternehmen zuständig. Sie sollen

verhindern, dass durch den Betrieb „Gefahren für Leben und Gesundheit Dritter“ oder „gemeinschädliche Einwirkungen“ entstehen. Rein personell können sie allerdings nicht mehr als stichprobenartige Kontrollen leisten. In der Regel schaltet sich die Behörde erst ein, wenn die Fördergesellschaft selbst einen Störfall meldet oder Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände Verschmutzungen nachweisen. Und auch dann kommt es nur in Sonderfällen zu einer Folgeuntersuchung. So etwa im Erdgasfeld Söhlingen in der Lüneburger Heide. Hier hatte ExxonMobil 2007 – durch Zufall bei einer Routineuntersuchung – ein Leck bemerkt. Daraufhin ließ die Firma die Rohre ersetzen, baggerte das vergiftete Erdreich weg und pumpte das Grundwasser ab. Die Behörden gingen davon aus, dass die ergriffenen Maßnahmen den gewünschten Zweck erreicht hatten. Im Jahr 2014 entdeckte der NABU dann 60-fach erhöhte Quecksilberwerte im Boden.

## Bergaufsicht: Anspruch und Wirklichkeit

Aus einem Gutachten des LBEG geht hervor, dass der Behörde eine Überschreitung des Vorsorgewerts für Quecksilber an mehreren Orten in Söhlingen bekannt war. Eine Sicherung oder Sanierung hielt sie allerdings nicht für erforderlich. Lediglich die Nutzung als Weide oder Wiese untersagten die Beamt\*innen.

Das BbergG sieht in Artikel 70 Absatz 2 vor, dass die Förderfirmen die Kosten für die Untersuchung entstandener Umweltschäden tragen. Deswegen geben sie häufig selbst Gutachten in Auftrag, was sich unter Umständen auf deren Ergeb-

nisse auswirkt. Zum Beispiel, indem die Firmen eigenständig festlegen, an welchen Stellen die Gutachter Proben entnehmen, wie es zum Teil auch in Söhlingen nach Angaben dortiger Naturschützer der Fall gewesen sein soll.

## Die Frage nach Altlasten

Angesichts des Laissez-faire-Prinzips beim Umgang der Landesbehörden mit den Förderfirmen überrascht es kaum noch, dass eine Vorher-nachher-Untersuchung der Beschaffenheit von Böden und Gewässern in der Nähe der Förderstätten nicht stattfindet. Entsprechend schwierig ist es, die Langzeitfolgen von Erdöl- und Erdgasförderung auf die Umwelt abzuschätzen. Die Rede von langjähriger Förderung ohne negative Konsequenzen beruht also wesentlich darauf, dass die Behörden seit Jahren auf eine systematische Untersuchung ebendieser Konsequenzen verzichten.

Folgeschäden für Menschen und Umwelt sind aber nicht die einzige Monitoring-Lücke bei der Gewinnung von Erdöl und Erdgas. Manchmal fehlen den Landesbehörden auch logistische Informationen. Derzeit arbeitet das LBEG beispielsweise an einer Kartierung alter Bohrschlammgruben. In diesen Gruben lagern Bohrrückstände, die lange Zeit ohne besondere Sicherung direkt in der Nähe der Förderstätten vergraben und dann vergessen wurden. 519 „Verdachtsflächen“ gibt es allein in Niedersachsen.<sup>(1)</sup> Bohrschlamm kann verschiedene Ölrückstände enthalten, wie zum Beispiel krebserregende polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), giftige Schwermetalle und radioaktives Radium 226. Experten fordern deswegen einen äußerst sorgsam Umgang mit diesen Abfällen, manche sogar eine Lagerung unter Tage, wie sie zurzeit für Atomüll vorgesehen ist.

Tatsächlich schreibt die Erdöl- und Erdgasförderung Transparenz nicht besonders groß. Insbesondere in Bezug auf die damit verbundenen Schäden wird noch immer eher Geheimhaltung als detaillierte Aufklärung betrieben. Erst

seit 2011 sind Meldungen über Störfälle auf der Seite des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) online zugänglich. Gibt es einen Vorfall, kündigt die Pressemeldung häufig eine Untersuchung des Grundwassers durch unabhängige Experten an. Über die Ergebnisse dieser Untersuchungen oder ihre genauen Parameter finden sich allerdings selten Angaben.

## Fehlende Informationen und Anwohnerschutz

An Informationen über mögliche Altlasten durch Schäden, die vor 2011 entstanden, zu gelangen, ist deutlich schwieriger. Hier bedarf es einer Kleinen Anfrage eines beziehungsweise einer Abgeordneten an die Landesregierung. Diese erstellt dann, wie jüngst im Fall von Schleswig-Holstein und der Anfrage Patrick Breyers (Piratenpartei), eine Liste von Schadensfällen. Eine genaue Untergliederung in Bohrstätte, Schadensfall und Ausmaß nahm die Behörde allerdings erst nach einer weiteren, expliziten Nachfrage des Abgeordneten vor. Auch hier geht die Landesregierung ohne noch einmal nachzumessen davon aus, dass alle Umweltbelastungen aus früheren Leckagen vollständig beseitigt sind. Doch der Großteil der Bevölkerung weiß nicht, dass diese Leckagen überhaupt einmal vorhanden waren – selbst wenn sie unter Umständen direkt in einem ehemaligen Fördergebiet leben.

Wohngebiete dürfen laut der aktuellen Bauverordnung im Abstand von 60 Metern zu einem Bohrloch entstehen. Das entspreche der Länge eines Bohrturms. Angesichts der Tatsache, dass viele Rohre sowohl für die Gasförderung als auch für den Abtransport von Lagerstättenwasser horizontal verlaufen, ist das eine völlig unangebrachte Vergleichsgröße. Rund 750 Kilometer an Rohrleitungen, die Lagerstättenwasser transportieren, verlaufen allein in Niedersachsen, ohne dass die Bevölkerung Kenntnisse des Netzplans besitzt.

Worst-Case-Szenario bei einem Störfall in der Erdgas- und Erdölförderung ist

Sachverständigen zufolge das unkontrollierte Freisetzen von Giftstoffen sowie die Kontamination des Grundwassers. Dennoch gibt es für die Menschen, die in der Nähe einer Förderstelle wohnen, keinen Notfallplan. Dafür bestehe keine Notwendigkeit, meint die niedersächsische Landesregierung.

Norddeutsche Bürgerinitiativen sehen das anders. Sie fordern mehr Transparenz, besseres Monitoring und ausgedehnte Untersuchungen der Umweltfolgen. Kurz: eine Einhaltung des Vorsorgeprinzips anstelle der geltenden Laissez-faire-Mentalität.

Vor dem Hintergrund der Informationsdefizite bei den Behörden und der Zurückhaltung von Informationen gegenüber Anwohner\*innen, erscheint auch die aktuelle Frackingdebatte in einem neuen Licht. Ob beherrschbare Technik oder nicht, Störfälle passieren. Und wie mit ihnen umgegangen wird – seitens der Behörden sowie seitens der Firmen –, können wir bereits beobachten. Angesichts dieser Umstände ist es leichtsinnig, eine Fördermethode zu genehmigen, die erwiesenermaßen ein erhöhtes Gefahrenpotenzial für Menschen, Tiere und die Umwelt aufweist.

## Anmerkungen und Links

- ▶ (1) [www.memas02.lbeg.de/cardomap3/?TH=SCHLAMMGRUBEN](http://www.memas02.lbeg.de/cardomap3/?TH=SCHLAMMGRUBEN)
- ▶ DNR-Projekt: [www.rohstoffe-zweinnull.de](http://www.rohstoffe-zweinnull.de)

Mirja Schoderer arbeitet zurzeit als studentische Mitarbeiterin im Projekt Reform des Bundesberggesetzes des DNR.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 678177570,  
E-Mail: [mirja.schoderer@dnr.de](mailto:mirja.schoderer@dnr.de)  
[www.rohstoffe-zweinnull.de](http://www.rohstoffe-zweinnull.de)

## Ernährung und Landwirtschaft

# Veganismus – Interessen und Folgen

Der Verzicht auf tierische Produkte bremst nicht nur die Massentierhaltung, sondern auch den Ökolandbau

**Bis vor einigen Jahren gab es wenige willensstarke Querköpfe, die sich vegan ernährten und sich damit vielen Anfeindungen aussetzten und für ihre Willensstärke Bewunderung verdienten. Neuerdings ist der Veganismus dagegen in breiteren Kreisen salonfähig geworden. Welche Interessen mögen hinter diesem Imagewandel stecken?**

■ VON GEREON JANZING, BIOLOGE UND JOURNALIST

Was bewegt Menschen dazu, sich mit ihrer Ernährung weitgehend aus der Gesellschaft auszuklinken? Betrachten wir mal nicht die Leute, die in einer Großstadt leben und wohlweislich Tierprodukte aus dem Supermarkt meiden. Richten wir unser Augenmerk auf jene Leute, die bei einem Fest einen Salat aus lauter lokalen, kleinbäuerlich erzeugten Produkten zurückweisen, weil er Ei enthält, die auf Reisen viele lokale Spezialitäten verschmähen und damit ihre Gastgeber vor den Kopf stoßen. Lässt sich dieses wenig soziale Verhalten zumindest ökologisch begründen?

Während ökologisch bewusste Menschen bemüht sind, Produkte aus Massentierhaltung zu meiden und Produkte aus extensiver Weidehaltung unterstützen, begnügen sich immer mehr Menschen, denen das vernetzte Denken der Ökologie nicht liegt, mit dem einfachen dualistischen Schema: „Tierprodukte sind schlecht, pflanzliche und synthetische Produkte sind gut.“ Damit haben sie sicher eine bessere Wahl getroffen als andere mit ihrem exzessiven Fleischkonsum. Zumal, wenn der Veganismus eine womöglich vorübergehende Erscheinung innerhalb des Selbstfindungsprozesses junger Menschen ist, die Weichen für ein späteres verantwortungsbewusstes Konsumverhalten stellen kann.

Manche Veganer\*innen weisen darauf hin, dass beim Konsum von Tierprodukten im Verhältnis zum direkten Konsum der Pflanzen Energie verloren geht. Das ist im Prinzip richtig und ein gewichtiges Argument gegen übermäßigen Fleischkonsum und gegen die Mas-

sentierhaltung. Aber landwirtschaftliche Ökosysteme sind komplexer als dieses eindimensionale Denken. Diese Bilanzen berücksichtigen meist weder, dass Weidetiere nicht in direkte Nahrungskonkurrenz zu den Menschen treten, noch dass Nutztiere als Nebenprodukt wertvollen Dünger liefern.

Veganismus bedeutet oftmals, die lokal erzeugten Tierprodukte abzulehnen und durch Produkte aus Soja zu ersetzen, aus gigantischen, ökologisch verheerenden Pflanzungen, oft gentechnisch verändert, mit fossiler Energie von Argentinien nach Europa gebracht. Und dass vermehrt Palmöl verwendet wird, zu dessen Produktion riesige Urwaldareale in Indonesien und Malaysia zerstört werden.

## Beispiel Ibiza – Insel der Innovativen?

Ibiza zeichnet sich durch das Vorhandensein mehrerer Parallelwelten aus, die voneinander wenig wissen. Es gibt auf der einen Seite die alteingesessenen Ibizaner, darunter Bauern, die mit ihrem Ressourcenmanagement die Bevölkerung der Insel jahrhundertlang auch durch schwierige Zeiten am Leben erhalten haben. Die Viehwirtschaft ist teilweise die im Mittelmeergebiet traditionelle Wanderhaltung (Transhumanz) mit Ziegen und Schafen, der wertvolle Ökosysteme zu verdanken sind. Die Rindviehhaltung beschränkt sich dagegen auf einen einzigen Betrieb mit Massentierhaltung.

Andererseits kommen seit der Hippiezeit viele entwurzelte Menschen auf die Insel und zeigen oftmals wenig Respekt gegenüber ihrer Gastkultur. Zur Herkunft

der Nahrung haben etliche wenig Bezug. Oft sind sie gewöhnt, mit Ressourcen verschwenderisch umzugehen. Einzelne verkörpern noch die alten Hippie-Ideale. Andere glauben genau zu wissen, wie man die Welt rettet, und urteilen besserwisserisch und undifferenziert über die Bauern. Einigen kam die vegane Mode gelegen, da sie ihnen Argumente liefert, sich den Bauern als moralisch überlegen zu fühlen und ihre mangelnde Integrationsbereitschaft zu rechtfertigen.

Es gab ein veganes Restaurant, dessen Inhaber ihr Gemüse selber anbauen wollten. Als Veganer\*innen wollten sie keinen tierischen Dünger verwenden (und offensichtlich auch nicht auf vegane Kunstdünger ausweichen). So wuchs das Gemüse mehr schlecht als recht. Also kauften sie für ihr Restaurant Gemüse vom biologischen Nachbarbetrieb, organisch gedüngt mit kompostiertem Mist. Viele Wahl-Ibizaner haben im Internet gesehen, wie schlimm es in der Massentierhaltung zugeht. Obgleich sie manchmal Schaf- und Ziegenherden sehen, sind sie nicht zur kognitiven Leistung fähig, zwischen dieser Weidewirtschaft und der verheerenden Massentierhaltung zu differenzieren.

Die Geschäfte, die sich am meisten an die Bedürfnisse der Veganer\*innen anpassen, sind die Bioläden. In vielen von ihnen finden Leute, die sich Käse verbieten, aber dennoch nicht auf seinen Geschmack verzichten wollen, Produkte aus (zum Teil gentechnisch veränderter) Soja und Palmöl, deren Geschmack mit Chemikalien an den von Käse angeglichen wurde. Milchprodukte aus biologischer Tierhaltung werden durch Sojaprodukte

ersetzt. Die Produkte aus der Massentierhaltung in den Supermärkten bleiben dagegen unangetastet.

Außerhalb Ibizas gibt es zwar kaum noch Menschen, die sich in der Tradition der Hippies sehen. Aber die vegane Mode findet auch anderswo Adepten unter Wohlstandskindern, die es sich leisten können, natürliche und naturnah erzeugte Lebensmittelressourcen zu verwerfen.

## Ökolandbau und Gesundheit haben das Nachsehen

Solange Veganer\*innen ihren Verzicht als persönliches Hobby betreiben und neidlos ihre Mitmenschen Hühner halten und Käsekuchen essen lassen, richten sie sicher weniger Schaden an als unkritische Konsumenten von Fleisch aus Massentierhaltung. Doch viele Veganer\*innen kreieren soziale Spannungen, indem sie anderen Gewalt vorwerfen. Sie erklären ihre defizitäre Ernährung zu einer allgemeingültigen Heilslehre und wännen sich als Pioniere einer neuen Weltordnung ohne Nutztierhaltung. Ökologisch wertvolle Kulturlandschaften wie alpine Sömmerungsweiden und mediterrane Garrigues wollen sie verschwinden lassen, ebenso die historisch gewachsene Vielfalt an lokalen Käsesorten zugunsten einer überall gleichen Soja. Und während sie ihr industriell erzeugtes Käsemitat essen, betrachten sie diejenigen, die das ländliche Original genießen, als anachronistisch. Eine ausgewogene Ernährung mit einem Anteil an Tierprodukten halten sie für obsolet, da es ja heute synthetische Vitamin-B12-Präparate auf Erdölbasis gibt. Manche sehen auch das Arbeiten mit Zug- und Tragtieren situationsunabhängig als Anachronismus, da es ja Traktoren und fossile Treibstoffe gibt. Es dürfte offensichtlich sein, welches jeweils die energetisch günstigere Variante ist.

Spricht man Veganer\*innen darauf an, dass Soja in Mitteleuropa nur mäßig gut gedeiht, kann die Antwort sein, Lupinen könne man gut anbauen. Schön, dass sie das in der Theorie so genau wissen. In der Praxis steht man halt doch im Laden vor

der Wahl zwischen Milchprodukten und Sojaprodukten. In Reformhäusern verdrängen heute vegane Sojaprodukte die Milchprodukte aus ökologischer Erzeugung. Das Nachsehen hat die biologische Landwirtschaft.

Konsequente Veganer\*innen lehnen auch mit Mist gedüngtes Gemüse ab. Was ist die Alternative? Manche Veganer\*innen antworten, man könne menschliche Exkremamente kompostieren und damit düngen. Wenn Veganer\*innen das tun, ist das sicher fantastisch. Meist aber kann man in der Praxis nur wählen, ob man mit Mist gedüngtes oder synthetisch gedüngtes Gemüse will.

Der ökologisch verträgliche Veganismus mit Lupinenprodukten und Humankompost ist bislang selten mehr als ein Traum. Während viele Veganer\*innen ihre Argumente und ihr Leben träumen, werden in der biologischen Landwirtschaft mit integrierter Viehhaltung Argumente und Träume gelebt. Manche Veganer\*innen betrachten gar die biologische Schädlingsbekämpfung mit Nützlingen wie Schlupfwespen oder Marienkäfern, ja selbst die Nutzung von Würmern im Kompost als Ausbeutung der Tiere. Also besser Pestizide und Kunstdünger?

Viele Veganer\*innen halten sich für Rebellen, da sie offensichtlich den Paradigmenwechsel von einer Rebellenernährung zu einem Vorzeigebekenntnis snobistischer Kreise nicht mitbekommen haben. Veganer\*in zu sein, ist heute bequemer, als echter Rebell zu sein, da man allenthalben offene Türen einrennt und einige Industrieinteressen hinter sich hat.

## Kleine Höfe und regionale Produkte bleiben auf der Strecke

Wer gesundheitliche Gründe für den Veganismus sucht, findet im Internet einiges, um zu vergessen, dass der Mensch von Natur aus omnivor ist. Da kursieren in letzter Zeit massenweise Schmähtexte gegen Milch und Käse. Zum Teil ist unschwer zu merken, dass hier die Sojaindustrie Negatives aus dem Zusammenhang gerissen hat, um ihre Konkurrenz schlechtzumachen. Viele Veganer\*innen begreifen nicht, dass

die Gegenanzeigen der Milch (wie sie auch Heilpflanzen haben), nicht bedeuten, dass jede Milch immer und überall schlecht wäre.

Natürlich wird es den Veganer\*innen nicht gelingen, die Viehwirtschaft insgesamt zu schwächen. Aber sie werden vielleicht die kleinbäuerliche Viehwirtschaft schwächen, was dann unweigerlich zugunsten der Massentierhaltung geht. Schon heute schwächen sie die biologische Landwirtschaft und die lokale Produktion zugunsten der industriellen Produktion und der Globalisierung. Die Unterwanderung der Bio- und Naturkostszene mit Palmöl und genmanipulierter Ware wurde erst durch die vegane Mode möglich.

Verstehen die Veganer\*innen denn gar nicht die Konsequenzen ihres Handelns? Begreifen sie sich nicht als Teil einer Gesellschaft und damit eines komplexeren Systems? Vielleicht sollte in den Schulen Unterricht in Kybernetik oder Ökologie eingeführt werden, damit das Denken in systemischen Zusammenhängen zum Teil der Allgemeinbildung wird. Und auch Unterricht in Landwirtschaft, damit alle Menschen begreifen, dass das Gemüse nicht aus dem Nichts entsteht, sondern Dünger und Arbeitseinsatz braucht.

Gereon Janzing hat Biologie, Ethnologie und Geografie studiert und schrieb seine Magisterarbeit über Viehhaltung in den Anden, wo er mit einem Ochsen gespannt pflügte. Er arbeitet auf Ibiza im biologischen Gemüsebau und betreut das spanischsprachige ABC der Heilpflanzen und Heiltiere.

Kontakt:  
E-Mail: [contacto@gereon.es](mailto:contacto@gereon.es),  
[www.gereon.es/deutsch/artikel/veganismus](http://www.gereon.es/deutsch/artikel/veganismus),  
[www.abcpantamedicinales.com](http://www.abcpantamedicinales.com)



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

## Gefährliche Abfälle

## Deutschland hat größten Anteil in der EU

■ Der Umweltausschuss hat im Mai mit der Europäischen Kommission die Ergebnisse des Berichts über den Umgang mit gefährlichen Abfällen und deren Verschiffung innerhalb und außerhalb der EU diskutiert, der den Zeitraum von 2010 bis 2012 umfasst. Im Rahmen der Baseler Konvention wird dieser alle drei Jahre veröffentlicht.

Insgesamt sei das Aufkommen von gefährlichen Abfällen im Vergleich zu den Untersuchungsjahren von 2007 bis 2009 um vier Prozent leicht zurückgegangen. Im Jahresdurchschnitt fallen 151 Kilogramm gefährliche Abfälle pro Kopf pro Jahr in der EU an. Am meisten produziert Deutschland: 17 Millionen Tonnen von insgesamt 76 Millionen Tonnen.

Das Aufkommen von gefährlichen Abfällen entwickelt sich dramatisch. Seit dem Jahr 2000 stieg die Gesamtmenge um 22 Prozent. Der leichte Rückgang in den Jahren von 2007 bis 2009 ist möglicherweise durch die Finanzkrise zu erklären, schreibt die Kommission in ihrem Bericht. Illegale Abfallverbringungen sind jedoch weiter angestiegen. Insgesamt gab es 2.500 Fälle in der EU von 2010 bis 2012. 2009 waren es lediglich 400 Fälle.

Als Reaktion auf den Bericht sollen nun vermehrt Kontrollen in den Mitgliedstaaten eingeführt werden. Im Aktionsplan des Kreislaufwirtschaftspakets betont die Kommission, weitere Maßnahmen zu treffen, die die ordnungsgemäße Anwendung der Verordnung sicherstellen und gezielt auf Abfallströme von hohem Wert – wie Altfahrzeuge – ausgerichtet sind, um Rohstoffverluste zu verhindern. Genaue Pläne sind noch unklar. [es]

- Umsetzungsbericht der EU-Kommission: [www.kurzlink.de/EU-BaselerKon2010-12](http://www.kurzlink.de/EU-BaselerKon2010-12)

## Pestizide

## Aus für zwei gefährliche Stoffe

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben im April für das Verbot von zwei Pestiziden, Amitrol und Isoproturon, gestimmt. Damit sollen vor allem das Grundwasser und die menschliche Gesundheit geschützt werden.

Während des Treffens der Generaldirektion Gesundheit votierten die Staaten für den Vorschlag der EU-Kommission, die Lizenzen für die beiden Pflanzenvernichtungsmittel nicht weiterlaufen zu lassen, wenn diese am 30. Juni 2016 enden. Dies beinhaltet auch eine dritte Chemikalie namens Triasulfuron.

Die beiden Substanzen Amitrol und Isoproturon gelten als hormonell wirksame Chemikalien. Amitrol kann die Schilddrüsenfunktion einschränken, während Isoproturon schädigend für die Fortpflanzung ist. Nach der Abstimmung der Mitgliedstaaten wird die Kommission in den kommenden Wochen Verordnungen veröffentlichen, die den Gebrauch der Chemikalien verbieten werden.

Das Pestizid Aktions-Netzwerk Europa (PAN Europe) begrüßt diesen Schritt grundsätzlich. Hans Muilerman von PAN Europe sagte: „Das ist eine historische Entscheidung. Diese Chemikalien sind zu 100 Prozent endokrine Disruptoren. Dennoch weisen wir darauf hin, dass Unmengen von schädigenden Pestiziden, die hormonell wirksam sind, noch auf eine Entscheidung warten, die mehrmals von der Kommission nach hinten verschoben worden ist.“ [es]

- [www.kurzlink.de/GDENV-EDCban-Amitrol](http://www.kurzlink.de/GDENV-EDCban-Amitrol)
- [www.kurzlink.de/PANE-first-ban-EDC](http://www.kurzlink.de/PANE-first-ban-EDC)

## TTIP

## NGO-Forderung: Chemikalien aus Abkommen streichen

■ Mehrere europäische Umweltorganisationen haben eine Kampagne gestartet, um sicherzustellen, dass in den Verhand-

lungen zwischen den USA und der EU um das Freihandelsabkommen TTIP die EU-Gesetzgebung zu Chemikalien nicht abgeschwächt wird.

Die kampagnenführenden Verbände Health and Environment Alliance (HEAL) und das Zentrum für internationales Umweltrecht (CIEL) wollen vor allem, dass Chemikalien generell aus dem Kapitel der regulatorischen Zusammenarbeit des Freihandelsabkommens rausgehalten werden. Dies würde sonst Privatunternehmen neue Türen öffnen, an EU-Gesetzen mitzuschreiben. Der NGO-Zusammenschluss sieht insbesondere das Chemikalienregister REACH, die Pestizidverordnungen sowie die angehende Politik zur Begrenzung der hormonell wirksamen Chemikalien gefährdet.

Zusammen mit dem Europäischen Umweltbüro (EEB) schrieben die Umweltorganisationen zudem einen Brief an Handelskommissarin Cecilia Malmström, dass sie sich keinen Einfluss der Agenda der besseren Rechtsetzung der EU-Kommission auf TTIP wünschen. [es]

- Kampagnenseite von HEAL und CIEL: [tradinghealthforprofit.wordpress.com](http://tradinghealthforprofit.wordpress.com)
- [www.kurzlink.de/HEAL-CIEL-Brief-TTIP](http://www.kurzlink.de/HEAL-CIEL-Brief-TTIP)

## Lebensmittelverpackungen

## Umweltausschuss fordert mehr Regulierung

■ Die EU-Gesetzgebung zu Materialien mit Lebensmittelkontakt wird derzeit überholt. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments legt in seinem Berichtsentwurf besonderen Wert auf die verstärkte Regulierung von Papier und Karton sowie von Lacken, Anstrichstoffen, Druckfarben und Klebstoffen.

Bisher ließe die Umsetzung der bereits existierenden Einschränkungen und Grenzwerte von Chemikalien in beispielsweise Lebensmittelverpackungen zu wünschen übrig, kommentiert der Umweltausschuss. Insbesondere müssten Risikobewertungen vermehrt und schneller von

der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) durchgeführt werden.

Die Umweltorganisation HEAL reagiert damit auf einen neuen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission, den sie Ende Januar veröffentlicht hatte. HEAL kritisierte, dass die Kommission nur über eine Grenzerhöhung des Weichmachers Bisphenol A (BPA) für Plastikverpackungen nachdenke und nicht auch für Papier und Karton. Die Abstimmung im Umweltausschuss ist für Mitte Juli erwartet. [es]

- ▶ Berichtsentwurf des ENVI:  
[www.kurzlink.de/ENVI-Entw-VerpaLeben](http://www.kurzlink.de/ENVI-Entw-VerpaLeben)
- ▶ [www.env-health.org/IMG/pdf/15022016\\_-\\_heal\\_briefing\\_fcm\\_final.pdf](http://www.env-health.org/IMG/pdf/15022016_-_heal_briefing_fcm_final.pdf)

#### Endokrine Disruptoren

### Wissenschaftskriterien vorgestellt

■ Die Potenz einer Substanz sei nicht relevant für die Kriterienfestsetzung von endokrinen Disruptoren (EDC), gibt ein Team von internationalen Wissenschaftler\*innen bekannt. Diese haben im Mai ein gemeinsames Positionspapier unter Leitung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) veröffentlicht.

Die Forscher\*innen führen aus, dass die Potenz, also die Stärke der hormonellen Wirksamkeit, bei der Identifizierung der Stoffe keine Rolle spielen sollte, sondern lediglich, ob die Stoffe diese gefährliche Eigenschaft besitzen oder nicht. Zudem weisen sie darauf hin, dass einige Eigenschaften von EDC einen Kombinationseffekt mit anderen Chemikalien hervorrufen können und diese dann Schaden verursachen. Deshalb sollten Nachweise für den Bewertungsprozess das Schadenpotenzial sowie die Wirkungsweise zusammen betrachten.

Auch die internationale Organisation ChemSec spricht sich gegen die Berücksichtigung der Potenz als Kriterium aus. Durch unterschiedlichste Einflussfaktoren sei ein sicherer Grenzwert unmöglich festzustellen, führt ChemSec in seinem Positionspapier aus.

Diese Empfehlungen werden wahrscheinlich in den Kriterienkatalog für EDC von der EU-Kommission einfließen. Die Kommission hatte angekündigt, den lang erwarteten Katalog im Sommer zu veröffentlichen. Laut Biozidrichtlinie hätte das schon 2013 passieren müssen. Im März hatte auch der Umweltrat die Kommission aufgefordert, das Verfahren zu beschleunigen (umwelt aktuell, 04/2016, S. 9). [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/BfR-EDC-criteria-rep](http://www.kurzlink.de/BfR-EDC-criteria-rep)
- ▶ [www.kurzlink.de/ChemSec-EDC-criteria](http://www.kurzlink.de/ChemSec-EDC-criteria)

#### Nanotechnologie

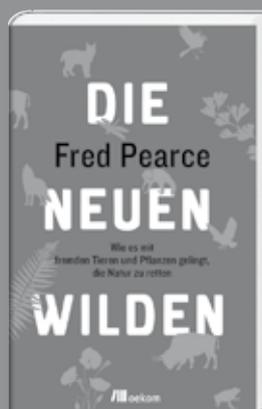
### Vorerst kein Register

■ NGOs, Verbraucher- und Forschungsorganisationen sind enttäuscht: Die EU-Kommission hat es nicht geschafft, ein Informationsregister für Nanomaterialien in der EU zu erstellen. Stattdessen soll nun eine Beobachtungsstelle für Nanomaterialien eingerichtet werden.

Damit verzögert sich die von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen geforderte Regulierung von Nanomaterialien erneut. Bevor die jahrelang andauernde Folgeabschätzung abgeschlossen wurde, hat sich die Kommission bei einem Treffen mit Interessenvertreter\*innen in Brüssel Ende April gegen ein Informationsregister ausgesprochen. Die Zuständigkeit wandert nun zur Europäischen Chemikalienagentur (ECHA), die eine Plattform anleiten soll.

„Eine freiwillige Informationsplattform kann niemals ein verpflichtendes Register ersetzen. Das Register würde es ermöglichen, Nanomaterialien nachzuweisen zu können, um einen sicheren Gebrauch zu gewährleisten“, sagte Dolores Romano, Referentin für Chemikalien beim Europäischen Umweltbüro (EEB). Details zu der geplanten Plattform gab es auf dem Treffen in Brüssel nicht. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/EEB-nano-EC-dec-regi](http://www.kurzlink.de/EEB-nano-EC-dec-regi)



## Invasive Arten

Bärenklau, Waschbär & Co. gehören nicht nach Mitteleuropa und bedrohen unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt. Doch was, wenn unsere traditionelle Sicht auf die Natur falsch ist? Was, wenn echter Naturschutz darin besteht, die Eindringlinge willkommen zu heißen? Das neue Buch von Fred Pearce ist eine scharfe Kritik an einem fremdenfeindlichen Naturschutz, der invasive Arten zu Sündenböcken macht. Denn gerade in Zeiten, in denen die Natur immer stärker unter Druck gerät, brauchen wir widerstandsfähige Arten, die unsere Natur bereichern und heilen.

Fred Pearce

### Die neuen Wilden

Wie es mit fremden Tieren und Pflanzen gelingt, die Natur zu retten

192 Seiten, Paperback, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-748-8

Beziehbar im Buchhandel oder versandkostenfrei bestellbar innerhalb Deutschlands unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

## 1, 2, 3 – plastikfrei

Plastik ist heute buchstäblich überall, selbst in unserer Nahrung und im Trinkwasser. Aber geht es wirklich nicht ohne? Die Autorinnen haben sich diese Frage vor zwei Jahren gestellt – und leben heute annähernd plastikfrei. In ihrem Buch zeigen sie, wie und wo man im täglichen Leben Plastik einsparen und ersetzen kann – angefangen beim bewussten Einkauf bis hin zum Selbermachen von Produkten, die man »plastikfrei« nirgends bekommt. Der ultimative Ratgeber für alle, die ein gesundes Leben mit natürlichen Materialien führen wollen.

Anneliese Bunk, Nadine Schubert

### Besser leben ohne Plastik

112 Seiten, Softcover, 12,95 Euro, ISBN 978-3-86581-784-6

Auch als E-Book erhältlich.

Beziehbar im Buchhandel oder versandkostenfrei bestellbar innerhalb Deutschlands unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)



Die guten Seiten der Zukunft



### Emissionsgrenzwerte

## Ratspräsidentschaft fordert mehr Ambitionen

■ Der informelle Trilog zur Richtlinie über nationale Emissionshöchstwerte (NEC-Richtlinie) ist Anfang Mai in die dritte Runde gegangen. Die niederländische Ratspräsidentschaft setzte bei dem Treffen Länder wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien unter Druck, höhere Grenzwerte zu unterstützen, als der EU-Rat im Dezember vorgeschlagen hatte.

Der Umweltnachrichtendienst ENDS beruft sich auf eine interne Quelle, die die aktuellen Streitpunkte zwischen EU-Parlament und Rat ausweist: Die Parlamentarier\*innen würden eine Minderung des Methanreduktionsziels von 33 auf 20 Prozent akzeptieren, wenn der Rat die Methanemissionen durch enterische Fermentierung von Nutztieren mitaufnimmt. Der Zeitpunkt der verbindlichen Einführung der NEC-Richtlinie wird weiter diskutiert. Alle Parteien sind sich einig, dass die Emissionsreduktionen bis 2030 verbindlich sein müssen. Das Parlament will allerdings ein bindendes Zwischenziel für 2025, das der Rat weiterhin ablehnt.

Ein vierter Trilog wird Ende Mai oder Anfang Juni stattfinden. Die NEC-Richtlinie ist das Kernstück des Gesetzespakets „Saubere Luft für Europa“, das die Kommission Ende 2013 veröffentlichte. Seitdem konnte keine Einigung bei der Grenzwertfestlegung erzielt werden. [es]

► [www.kurzlink.de/Rat-NECR-Pos-Dez](http://www.kurzlink.de/Rat-NECR-Pos-Dez)

### Luftqualität

## EU-Kommission erstellt Qualitätsindex für Europa

■ Wo ist die Luftverschmutzung in der EU am höchsten? Welche Luftschadstoffe befinden sich in der Luft, die wir atmen? Antworten auf diese Fragen möchte die

Europäische Kommission den Mitgliedstaaten mittels eines einheitlichen Qualitätsindexes für Europa (AQI) geben.

Erfasst werden die Luftschadstoffe Ozon, NO<sub>2</sub> und PM10/PM2,5. Eine fünfstufige Skala von sehr gut, gut, moderat, schlecht bis sehr schlecht bewertet die Konzentrationswerte anhand der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der EU-Grenzwerte und gibt zudem noch Gesundheits- und Verhaltenshinweise. Der erste Prototyp des AQI steht den Mitgliedstaaten ab Mai zur Verfügung.

Jeder Mitgliedstaat ist nun in der Verantwortung, diese Informationen seinen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. [es]

► Bisheriger technischer EU-Bericht zur Luftqualität: [http://acm.eionet.europa.eu/reports/ETCACM\\_TP\\_2015\\_5\\_AQMaps2013](http://acm.eionet.europa.eu/reports/ETCACM_TP_2015_5_AQMaps2013)

### Lärmbelastung

## Drei von vier Deutschen ist es zu laut

■ Beim diesjährigen Internationalen Tag gegen Lärm hat das Umweltbundesamt (UBA) Ende April insbesondere auf die Lärmbelastung durch Straßenverkehr hingewiesen. Wenn in den Innenstädten mehr Tempo-30-Zonen eingeführt würden, könnte dies für große Entlastungen sorgen, erklärte das UBA. Zudem solle Tempo 30 für mehr Sicherheit.

Zu hohe Lärmbelastung mindert die Lebensqualität und kann sogar krank machen. In der Europäischen Union betragen die Kosten durch zu starken Verkehrslärm 40 Milliarden Euro im Jahr, schätzt die EU-Kommission. Deshalb fordert das UBA nicht nur mehr Tempo-30-Zonen auch auf städtischen Hauptverkehrsstraßen, sondern auch strengere Lärmgrenzwerte insbesondere für Autos, Flugzeuge und Schienenfahrzeuge. [es]

► [www.kurzlink.de/uba-tempo30-stille](http://www.kurzlink.de/uba-tempo30-stille)  
 ► [www.tag-gegen-laerm.de](http://www.tag-gegen-laerm.de)

## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

## Beschlüsse in Brasilien

**Erfolg für indigene Völker**

■ Das Gebiet des nicht kontaktierbaren Volkes der Kawahiva soll vor dem Genozid gerettet werden. Dem stimmte Brasiliens Justizminister Eugênio Aragão zu, nachdem Unterstützer\*innen aus aller Welt monatelang Druck auf ihn ausgeübt haben. Der Schauspieler und Oscarpreisträger Mark Rylance hatte Ende 2015 eine Survival-Kampagne gestartet, mit dem Ziel, den brasilianischen Justizminister dazu zu bringen, das Gebiet zu demarkieren und zu schützen. Aragão unterzeichnete im April eine Verordnung, mit der ein Schutzgebiet für die Indigenen geschaffen wird.

Stephen Corry, der Direktor der Survival-Kampagne sagte: „Es ist erfreulich, dass der Druck, den unsere Unterstützer\*innen ausgeübt haben, sich nun ausgezahlt hat. Wir begrüßen das Handeln des brasilianischen Justizministers, wollen jetzt aber klare Belege dafür sehen, dass das Dekret auch eingehalten wird und die brasilianischen Behörden das Gebiet der Kawahiva schützen. Nur in diesem Fall können wir wirklich diesen Erfolg feiern, den die Stärke der Menschen und der internationale Druck in einem äußerst schwierigen Kampf erzielt haben.“

Anfang April wurde außerdem eine Verordnung von der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff unterzeichnet, welche ein Territorium für das Arara-Volk schafft. Die kleine Gruppe Indigener lebt im Amazonasgebiet und kämpft seit dreißig Jahren für den Schutz ihres Gebietes. [pw]

- ▶ [www.survivalinternational.de/nachrichten/11227](http://www.survivalinternational.de/nachrichten/11227)
- ▶ [www.survivalinternational.de/nachrichten/11248](http://www.survivalinternational.de/nachrichten/11248)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA &amp; ENERGIE

## Klimaschutzplan 2050

**Gegenentwurf der Zivilgesellschaft**

■ Ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus mehr als 40 Organisationen, unter anderem dem Deutschen Naturschutzring (DNR), hat der Bundesregierung einen alternativen Klimaschutzplan 2050 präsentiert (siehe Interview S. 13).

Es fordert eine deutliche Verschärfung der deutschen Klimaschutzziele und eine Anpassung an die in Paris beschlossenen Ziele. Deshalb möchte das Bündnis eine Anhebung des CO<sub>2</sub>-Reduktionsziels für das Jahr 2050 auf 95 Prozent im Vergleich zu 1990. Der „Klimaschutzplan der Zivilgesellschaft“ analysiert die relevanten Bereiche für die Erreichung der Klimaziele wie Energiewirtschaft, Verkehr, Gebäude, Handel, Industrie und Landwirtschaft und gibt Empfehlungen.

Antje von Broock, stellvertretende Geschäftsführerin des BUND sagte: „Paris war ein wichtiger Meilenstein im internationalen Klimaschutz. Jetzt muss Deutschland seine Hausaufgaben machen. Die Bundesregierung muss mit ihrem Klimaschutzplan einen sicheren Pfad abstecken, wie Deutschland in den nächsten 35 Jahren seine CO<sub>2</sub>-Emissionen auf nahezu null reduzieren kann.“

Der DNR hat außerdem gemeinsam mit 17 weiteren Organisationen zu einem ambitionierten Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland aufgerufen. Anlass war die Unterzeichnung des internationalen Klimaabkommens Ende April. Denn die in Paris beschlossenen Ziele können nur erreicht werden, wenn sich der Energiemarkt an den Klimaschutzziele orientiert: „Mit dem Beschluss des Pariser Klimagipfels zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad hat sich die internationale Staatengemeinschaft zur Einhaltung ehrgeiziger Treibhausgasziele verpflichtet. Damit verbunden ist das Ziel, die Energieversorgung deutlich vor 2050 vollständig auf erneuer-

bare Energien umzustellen. Diese Herausforderung kann nur gelingen, wenn wir die Ausbauziele im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) klar nach oben korrigieren“, sagte DNR-Präsident Kai Niebert. [lr]

- ▶ Klimaschutzplan 2050 der deutschen Zivilgesellschaft: [www.kurzlink.de/alternativ-klimaplan](http://www.kurzlink.de/alternativ-klimaplan)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-pm-klimaplan](http://www.kurzlink.de/bund-pm-klimaplan)
- ▶ DNR zu Erneuerbaren: [www.dnr.de/presse/presseinformation-22042016.html](http://www.dnr.de/presse/presseinformation-22042016.html)

## EU-Emissionshandel I

**Parlament für Reform**

■ Die zuständigen Berichterstatter\*innen des EU-Parlaments wollen sich für die Festlegung eines Review-Mechanismus im Europäischen Emissionshandel (ETS) für das Jahr 2025 einsetzen. Das berichtete der Nachrichtendienst EurActiv. Der aktuelle Reformvorschlag der EU-Kommission sieht keinen solchen Mechanismus vor, sondern legt die nächste Emissionshandelsphase von 2021–2030 fest. Dies würde keinen Spielraum für eine Anpassung des ETS an die Ende April unterzeichneten internationalen Klimaziele lassen. Denn eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad ist nur möglich, wenn die EU und auch alle anderen Staaten ihre Klima- und Energieziele entsprechend anpassen.

Der Vorstoß einiger EU-Abgeordneter, einen Review-Mechanismus für 2025 zu fordern, ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, reicht jedoch lange nicht aus, um das ETS für die internationalen Klimaziele fit zu machen. NGOs fordern, einen Review-Mechanismus noch vor der ersten Bestandsaufnahme auf UN-Ebene im Jahr 2023 zu veranlassen, sodass die EU ihre Vorreiterrolle in Klima- und Energiefragen wieder zurückerlangen kann.

Die verschiedenen parlamentarischen Ausschüsse debattieren zurzeit den Gesetzesentwurf der EU-Kommission. Dann kommt er ins Plenum des EU-Parlamentes. [lr]

- ▶ EurActiv-Artikel (engl.): [www.kurzlink.de/euractiv260416](http://www.kurzlink.de/euractiv260416)

EU-Emissionshandel II**Zertifikate neu berechnen**

■ Der Gerichtshof der Europäischen Union hat entschieden, dass die Anzahl der vergebenen freien Zertifikate im europäischen Emissionshandelssystem (ETS) zu hoch ist. Somit ist der von der EU-Kommission angesetzte Betrag für die Handelsperiode zwischen 2013 und 2020 ungültig. Der Gerichtshof folgt mit dieser wichtigen Entscheidung den Empfehlungen der Generalanwältin vom November.

Imke Lübbecke, Leiterin Klima und Energie bei WWF Europe begrüßte das Urteil des Gerichtshofs und betonte, dass ETS müsse dringend reformiert werden, damit die Verursacher\*innen von CO<sub>2</sub>-Emissionen endlich bezahlen müssen, anstatt bezahlt zu werden. Der Fall wurde ursprünglich von Energieunternehmen an den Gerichtshof herangetragen, da diese mit bestimmten Aspekten der Berechnung des Korrekturfaktors im ETS unzufrieden waren. Die Unternehmen wollten mehr kostenlose Zertifikate im ETS erhalten. Durch die Entscheidung des Gerichtshofs wird die Anzahl der frei vergebenen Zertifikate noch in der aktuellen Handelsperiode des ETS von 2013 bis 2020 vermindert. Laut Urteil hat die EU-Kommission nun zehn Monate Zeit, die Anzahl der frei vergebenen Zertifikate neu zu berechnen.

Expert\*innen vermuten, dass die Entscheidung des Gerichtshofs sich auch auf die Handelsperiode nach 2020 auswirken wird, die sich zurzeit im Gesetzgebungsprozess befindet. [lr]

- ▶ [www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-04/cp160047en.pdf](http://www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-04/cp160047en.pdf)
- ▶ [www.wwf.eu/?266453](http://www.wwf.eu/?266453)

Effizienz und Erneuerbare**50 Prozent weniger CO<sub>2</sub> durch höhere Ziele**

■ Eine neue Analyse von Ecofys zeigt, dass allein mithilfe höherer Ziele für Energieeinsparungen und durch den Ausbau erneuer-

barer Energien eine Anhebung des 2030-Klimaziels auf 50 Prozent möglich wäre.

In ihrer Studie im Auftrag des Umweltschutzverbands Friends of the Earth Europe gingen die Wissenschaftler\*innen von einem Erneuerbarenziel von 30 Prozent aus und berechneten drei Szenarien mit unterschiedlichen Zielen für Energieeffizienz und deren Auswirkungen auf das Treibhausgasziel.

Schon bei leichter Anhebung beider Energieziele wäre demnach bis 2030 eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 44 Prozent möglich. Wird das kosteneffiziente Potenzial von Energieeffizienz ausgeschöpft und das Ziel auf 40 Prozent erhöht, sind sogar Emissionsreduktionen von 50 Prozent möglich. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/ecofys0416](http://www.kurzlink.de/ecofys0416)

Erneuerbare-Energien-Gesetz**Klage abgewiesen**

■ Das Gericht der Europäischen Union in Luxemburg hat entschieden, dass das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seiner Fassung von 2012 unerlaubte staatliche Beihilfen umfasst. Das Urteil bestätigt einen Beschluss der EU-Kommission von 2014, gegen den Deutschland Klage erhoben hatte. Unter die unerlaubten staatlichen Beihilfen fallen die Förderung von Ökostrom und die Befreiung der stromintensiven Industrie von der EEG-Umlage.

Das Urteil wird unterschiedlich bewertet. Die Grünen kritisieren, es lege hinsichtlich der Einstufung der Förderung von Ökostrom als staatliche Beihilfe der Förderung von erneuerbaren Energien Steine in den Weg. Wenn man das Klimaabkommen von Paris ernst nehmen, müssten Investitionen in Erneuerbare ermöglicht und nicht von der Kommission behindert werden. Die Bundesregierung müsse in Brüssel mit Nachdruck auf eine entsprechende Änderung des Beihilferechts drängen, forderten Oliver Krischer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen und Julia Verlinden, Sprecherin für Energiepolitik. Die Industrieprivilegien haben laut Verlinden und Krischer aus dem EEG eine Subventionsmaschine für Großindustrien gemacht.

Aber der Kommission zufolge sind diese Industrieprivilegien nur schwer mit dem EU-Recht vereinbar. Ein Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums prognostiziert, dass nun Zahlungen in Höhe von 760 Millionen Euro auf die Industrie zukommen. [ab]

- ▶ [www.kurzlink.de/stellungnahme/gruene](http://www.kurzlink.de/stellungnahme/gruene)
- ▶ [www.kurzlink.de/klimaretter/eeg](http://www.kurzlink.de/klimaretter/eeg)

Energieeffizienz**Umweltausschuss plädiert für verbindliche Ziele bis 2050**

■ Der EU-Umweltausschuss (ENVI) hat Ende April die Zielsetzungen der EU zur Energieeffizienz und der Umsetzung des Pariser Abkommens diskutiert. Die Abgeordneten plädierten für eine Reduktion des Energieverbrauchs um 40 Prozent im Gegensatz zu den bisher angestrebten 27 beziehungsweise 30 Prozent.

Die aktuelle Energieeffizienzrichtlinie sieht Energieeinsparungen von 20 Prozent bis 2020 vor. Für den Zeitraum danach wurde noch keine endgültige Zielsetzung abgestimmt. Der Umweltausschuss strebt auch die Festsetzung von verbindlichen Zielen für den Zeitraum von 2030 bis 2050 an. Die Kommission sieht bisher nur die Einordnung des Energie-Fahrplans als „primäres Ziel“ vor. Die Abgeordneten sind sich auch einig, dass die Bausubstanz von Gebäuden verbessert werden muss und dazu zusätzliche Investitionen durch die Mitgliedstaaten dringend erforderlich sind. [ab]

- ▶ [www.endseurope.com/docs/160427d.pdf](http://www.endseurope.com/docs/160427d.pdf)
- ▶ [www.kurzlink.de/envi-news-vol-7](http://www.kurzlink.de/envi-news-vol-7)

Stromversorgung**Mängel festgestellt**

■ Derzeit untersucht die EU-Kommission, inwiefern die bestehenden Kapazitätsmechanismen der EU-Mitgliedstaaten eine ausreichende Stromversorgung gewährleisten. ▶

## „Kein Sektor darf weniger reduzieren als möglich“

Die Regierungskoalition hat vereinbart, einen nationalen Klimaschutzplan 2050 zu verabschieden. Im Frühjahr legten zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft ihren alternativen Klimaschutzplan vor. Wie die deutschen Bemühungen verschärft und an die in Paris beschlossenen Ziele angepasst werden müssen, erläutert Tobias Pforte-von Randow.

### Was fordern die mehr als 40 Verbände in ihrem alternativen Klimaschutzplan 2050?

Inzwischen sind es sogar mehr als 50. Die Unterzeichner fordern die konsequente Umsetzung der Beschlüsse des Pariser Klimagipfels. Sonst werden wir den klimapolitisch notwendigen und volkswirtschaftlich effizientesten Pfad zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen verpassen. Das gilt bereits für die sehr fragliche Erreichung des deutschen Klimaziels von minus 40 Prozent CO<sub>2</sub> bis 2020, aber auch für die Zwischenziele für 2030 und 2040. Paris hat uns eine Ambitionssteigerung ins Stammbuch geschrieben. In allen Sektoren muss jetzt der konsequente Wandel einsetzen. Ganz weit vorne steht dabei natürlich der schrittweise Ausstieg aus der Kohle. Denn wenn der Energiesektor nicht als Erster dekarbonisiert ist, wird es für andere Sektoren unmöglich, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen auf null zu bringen.

### Warum braucht es einen alternativen Plan?

Die Bundesregierung erarbeitet zurzeit einen Klimaschutzplan, der noch vor der parlamentarischen Sommerpause beschlossen werden soll. Wir wollen mit dem „Klimaschutzplan der Zivilgesellschaft“ die Richtung vorgeben und zeigen, wo überall die Weichen neu gestellt werden müssen. Meine große Sorge ist, dass der Plan der Regierung in der Abstimmung zwischen den Ministerien so weit verwässert wird, dass viele Verschmutzer in Deutschland auf ein „Weiter so“ setzen werden. Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz wäre dann in Gefahr. Wir haben übrigens kein Copyright vereinbart. Die Bundesregierung darf sich bei unserem Klimaschutzplan frei bedienen.

### Dass nach Paris schnell der Ausstieg aus Kohle und Gas folgen muss, ist klar. Welche weiteren zentralen Handlungsfelder sehen Sie?

Da gibt es leider noch viele. Zentral ist die zu langsam vorankommende Energieeffizienz. Und neben der Energiewende brauchen wir jetzt dringend die Verkehrswende und substanzielle Reformen in der Landwirtschaft. Leider passiert aber das Gegenteil. Der gerade vom Verkehrsministerium vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans ist das größte Infrastrukturprogramm Deutschlands – und würde dank seiner vielen Ausbauprojekte die

Treibhausgasemissionen bis 2030 um ganze 0,1 Prozent senken.

### Einem Entwurf des Regierungsplans zufolge sollen die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft bis 2050 halbiert werden. Reicht das nicht?

Nein. Kein Sektor darf weniger reduzieren als möglich. Die Agrarindustrie nimmt noch immer für sich in Anspruch, durch immer höhere Tierdichte und weitere Industrialisierung der Landwirtschaft die Emissionen nicht senken zu müssen. Wir fordern in unserem Verbändepplan eine Reduktion um 60 Prozent gegenüber 1990. Das klingt im Vergleich zu anderen Sektoren immer noch wenig. Aber die möglichen Maßnahmen unterscheiden sich in den einzelnen Sektoren. Der Pfad zu 100 Prozent Erneuerbaren ist planbar. Aber in der Landwirtschaft bleiben Treibhausgasquellen, die nach heutigem Stand nicht völlig abgeschafft werden können.

### Was hindert die Regierung, ehrgeizigere Pläne zu verfolgen?

Der Klimaschutzplan der Bundesregierung steht im Koalitionsvertrag und baut auf den Klimazielen des Energiepakets auf, also auf einer Spanne von 80 bis 95 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2050. Nach Paris müsste nun eigentlich das Langfristziel auf mindestens 95 Prozent angehoben werden. Aber die Bundesregierung kann sich offenbar nicht auf eine solche Ambitionssteigerung einigen. Deutschland steuert auf eine Klimaerwärmung von über zwei Grad zu – und das obwohl auch die Bundesregierung in Paris eine Maximalerwärmung von deutlich unter zwei Grad versprochen hat. Glaubwürdigkeit geht anders. Die große Koalition hat vor den Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2017 Angst vor der Macht der Lobby der Autobauer, der energieintensiven Industrie, der Bauern und der letzten Kohleunternehmen. Daher müssen wir zeigen, dass weite Teile von Gesellschaft und Wirtschaft schon weiter sind und von der Politik erwarten, die notwendigen Weichenstellungen schnell anzugehen. Für solche Botschaften ist die Debatte um den Klimaschutzplan 2050 zentral.

### Ist der Plan mehr als ein Papiertiger?

Wenn er richtig angepackt wird, kann er das Rahmenwerk für den Klimaschutz Deutschlands sein. Besser

wäre ein Klimaschutzgesetz, das die Ziele und Maßnahmen nicht nur an eine konkrete Regierungskonstellation knüpft. Aber wenn der Klimaschutzplan als „living document“ betrachtet wird, auf dessen Grundlage dann ein konkretes Klimaschutzaktionsprogramm 2030 aufbaut, kann er ein wirksames Mittel sein. Alles hängt aber erst mal von der Ambition ab und ob er in der nun anstehenden Ressortabstimmung gerupft wird.

### Wie können NGOs ihre Forderungen etwa gegenüber der fossilen Industrie durchsetzen?

Jeder in seiner Rolle und vereint, wenn nötig. So sehr wir den Widerstand auf der Straße brauchen, so sehr brauchen wir auch NGOs, die ungewöhnliche Allianzen bilden, mit den verschiedenen Akteuren sprechen und Vorreiter identifizieren, die dann wiederum Zögerliche überzeugen. Die fossile Lobby führt Abwehrschlachten, aber ihre Defensive ist auch unser Erfolg. Die Energiewende hängt aber von mehr ab als dem Kampf zwischen den Energieträgern. Zivilgesellschaftliche Organisationen wirken in die unterschiedlichsten Milieus. Diese Breite muss bei der Kommunikation der Energiewende voll genutzt werden. Erneuerbare Energien benötigen eine Infrastruktur, gegen die sich vielfach Widerstand regt. Ein dynamischer Ausbau der Erneuerbaren braucht in begrenztem Umfang auch mehr Leitungen, um den Strom zu den Verbrauchern zu transportieren. Die frühzeitige Partizipation vor Ort, ob beim Windpark oder der Netztrasse, garantiert die beste Lösung. Auch hier sind NGOs gefragt, um Lösungen zu finden und Notwendigkeiten für den Erfolg der Energiewende zu kommunizieren.

[Interview: Eric Janacek]

Tobias Pforte-von Randow ist Referent für Klima und Arbeit bei Germanwatch.

Kontakt: Tel. +49 (0)30  
/ 28883566,  
E-Mail:  
pfortevonrandow@  
germanwatch.org,  
www.germanwatch.org



ten, ohne dabei den Wettbewerb zu verzerren. In einem Zwischenbericht wurden verschiedene Missstände deutlich.

Immer mehr Staaten wenden verschiedene Kapazitätsmechanismen an, um Investitionen in neue Kraftwerke zu fördern oder den Weiterbetrieb bestehender Kraftwerke sicherzustellen. Dabei kann es jedoch unter anderem zur sogenannten Überkompensation und zu Subventionierung des Stromanbieters kommen.

Die EU-Kommission hebt in ihrer Analyse hervor, dass die Kapazitätsmechanismen nötig seien, um das Energieangebot weiter sicherzustellen. In vielen EU-Mitgliedstaaten würden sie jedoch nur mangelhaft angewendet und zudem nicht umfassend geklärt, ob überhaupt Kapazitätsmechanismen notwendig sind. Die Kommission unterscheidet zwischen sechs Typen von Kapazitätsmechanismen und bemängelt vor allem die zwei preisbasierten, da sie den Wettbewerb verzerren. Problematisch ist aus Sicht der Kommission, dass die Kapazitätsmechanismen nur auf die nationale Energiesicherheit abzielen. Dies stehe im Kontrast zu dem langfristigen Ziel, einen EU-weiten, grenzübergreifenden Energiehandel zu etablieren.

Bis zum 6. Juli können Stromanbieter und Mitgliedstaaten noch die Ergebnisse des Zwischenberichtes kommentieren. Der Abschlussbericht wird Ende 2016 erwartet. [ab]

► [www.kurzlink.de/kurzlink.de/ec130416](http://www.kurzlink.de/kurzlink.de/ec130416)

## Reaktorsicherheit

### 30. Jahr nach Tschernobyl-GAU

■ Am 26. April hat sich das Reaktorunglück in Tschernobyl zum 30. Mal gejährt. Anlässlich der Katastrophe weisen Umweltverbände auf die bestehenden ungelösten Fragen zur Atomkraft hin und fordern den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Laut dem immer noch gültigen Euratom-Vertrag von 1957 dürfen die Mitgliedstaaten der EU jeweils über den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken entscheiden. „Der Super-GAU kennt keine Grenzen, deshalb müssen die Mitgliedstaaten auf

EU-Ebene beim Thema Atomkraft zusammenarbeiten. Der Euratom-Vertrag, den noch Adenauer unterschrieben hat, muss deshalb dringend überarbeitet werden“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Seitens der EU gab Neven Mimica, Kommissarin für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung bekannt, dass die EU-Kommission einen Großteil der benötigten 45 Millionen Euro im Fonds für nukleare Sicherheit von Tschernobyl aufbringen wird. Mit dem Geld wird die sichere Stilllegung der Blöcke 1, 2 und 3 der Kernkraftanlage gefördert sowie der Bau eines Lagers für abgebrannten nuklearen Brennstoff finanziert. [ab]

► [www.NABU.de/energie](http://www.NABU.de/energie)

► [www.kurzlink.de/pm/kommission/tscher](http://www.kurzlink.de/pm/kommission/tscher)

## Erneuerbare-Energien-Gesetz

### Reform in der Kritik

■ Die anstehende Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) könnte den Ausbau der Erneuerbaren Energien bremsen. Das befürchten Umweltverbände. Bisher beruhte das EEG immer auf einer festen Einspeisevergütung. Zukünftig ist ein Systemwechsel zu Ausschreibungen durch die Bundesnetzagentur vorgesehen.

Sebastian Scholz, Leiter des Bereichs Klima und Energie beim NABU bezweifelt die angestrebte Kostensenkung durch das Ausschreibeverfahren. Auch sei nicht sichergestellt, ob die bisherige Akteursvielfalt, insbesondere die Beteiligung von Bürgerenergien, weiterhin gewährleistet sei. Außerdem kritisiert Scholz, dass die EEG-Novelle auch keine klaren Naturschutzrichtlinien verankere. Anlässlich der Beratungen der Ministerpräsident\*innen zur EEG-Novelle fanden Anfang Mai in vielen Landeshauptstädten Proteste für den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und eine klare Orientierung der Politik an den Vorgaben des Pariser Abkommens statt. [ab]

► [www.kurzlink.de/klimaretter/proteste](http://www.kurzlink.de/klimaretter/proteste)

► [www.nabu.de/news/2016/04/20634.html](http://www.nabu.de/news/2016/04/20634.html)

## Fracking

### Umweltverbände und Brauereien sagen Nein

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat Ende April gemeinsam mit dem Verband Private Brauereien Deutschland und weiteren Umweltorganisationen Bundestagsabgeordnete aufgefordert, für ein Frackingverbot zu stimmen. Anlass war die Abstimmung über die Frackingverbotsanträge der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Die Verbände unterstrichen die Forderung mit einem riesigen „Nein zu Fracking“-Kronkorken vor dem Bundestag. Damit griffen sie die Gemeinschaftsaktion der kleinen und mittelständischen Braubetriebe auf, die seit Januar Flaschenbiere mit „Nein zu Fracking“-Kronkorken verkaufen. Seit 2015 wird ein Gesetzespaket zur umstrittenen Frackingtechnologie verhandelt.

DNR-Präsident Kai Niebert sagte: „Fracking ist mit unkalkulierbaren Risiken für Mensch und Natur verbunden, nur ein Frackingverbot über das Bundesberggesetz ist darauf die richtige Antwort.“

Die Verbotsanträge lehnte der Bundestag letztendlich zwar ab, jedoch haben die Aktion und der gemeinsame Aufruf dazu geführt, dass sich mehrere Abgeordnete der Großen Koalition ihrer Stimme enthielten oder für den Verbotantrag stimmten. [lr]

► DNR zu Fracking: [www.dnr.de/presse/presseinformation-28042016.html](http://www.dnr.de/presse/presseinformation-28042016.html)

## Radioaktiver Abfall

### Atomkommission einigt sich

■ Im April hat sich die Atomkommission nach langem Ringen auf einen Kompromiss zur Zwischen- und Endlagerung radioaktiven Abfalls verständigen können. Die vier AKW-Betreiber E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW sollen 23,34 Milliarden Euro zahlen. Diese setzen sich aus 17,2 Milliarden an Rückstellungen und einem Risikoaufschlag von 6,1 Milliarden zusammen. Das Geld soll in einen öffentlich-rechtlichen Fonds fließen.

Der Betrag des Risikoaufschlags war lange umstritten. Die Kommission sieht mit dessen Höhe die Lücke zwischen Konzernrückstellungen und Kosten zur Zwischen- und Endlagerung als geschlossen an. Weil eine Endlagerung zurzeit erst ab 2050 vorgesehen ist, soll die in den Fonds eingezahlte Summe zinsbringend angelegt werden.

Die Kommission beurteilt den Kompromiss positiv. Jürgen Trittin sagte, man habe einen tragfähigen Schuldenvertrag vorgelegt, um die Ansprüche der Gesellschaft und der Gläubiger zu sichern. Die Unternehmen würden in die Pflicht genommen, aber sie erhielten jetzt auch Planungssicherheit zurück. Die Unternehmen lehnen den Risikoaufschlag ab, da er über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinausgehe. [ab]

► [www.kurzlink.de/tagesschau/atomkommi](http://www.kurzlink.de/tagesschau/atomkommi)

## Energiesparen

### Stromspiegel veröffentlicht

■ Das Bundesumweltministerium veröffentlicht im Zuge der Stromsparinitiative gemeinsam mit Partnern aus Forschung, Wirtschaft und Verbraucherschutz den „Stromspiegel für Deutschland 2016“. Die Vergleichstabelle soll Verbraucher\*innen dabei helfen, ihren Stromverbrauch einzuschätzen und zu senken.

Privathaushalte können den eigenen Verbrauch als gering, mittel oder sehr hoch einstufen. Bei der Klassifizierung spielen die eigene Stromrechnung, bundesweite Vergleichsdaten sowie die Haushaltsgröße, Gebäudetyp und Warmwasserbereitung eine Rolle.

„Mit dem Stromspiegel können die Haushalte leicht feststellen, wie groß ihr Stromsparpotenzial ist. Stromsparen gehört zu den zentralen Maßnahmen für den Klimaschutz. Dabei kann jeder mitmachen, auch mit kleinen Maßnahmen wie abschaltbaren Steckdosenleisten oder sparsamen LED-Lampen“, sagte Umweltministerin Barbara Hendricks. [ab]

► [www.stromspiegel.de](http://www.stromspiegel.de)

► [www.die-stromsparinitiative.de/stromspar-tipps](http://www.die-stromsparinitiative.de/stromspar-tipps)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Produktsicherheit

### Spielsachen und Kleider am riskantesten

■ 2015 haben mehr als 2.000 gefährliche Produkte EU-weit Alarm ausgelöst. Das geht aus dem Bericht des Schnellwarnsystems Rapex hervor, den die EU-Kommission Ende April veröffentlichte.

Über das Schnellwarnsystem können gefährliche Produkte rasch vom Markt genommen werden. Wenn ein Mitgliedstaat eine Warnmeldung im System veröffentlicht, können andere Staaten die entsprechende Ware auf ihrem Markt lokalisieren und reagieren. Vergangenes Jahr gingen 2.072 Warnmeldungen ein. Vor allem bei Spielzeug (27 Prozent) sowie bei Bekleidung, Textilien und Modeartikeln (17 Prozent) mussten Maßnahmen ergriffen werden – etwa Rückruf oder Austausch.

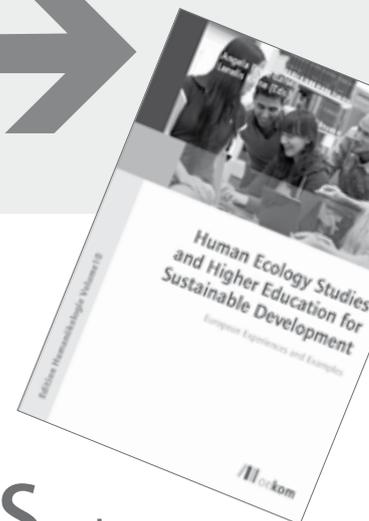
Die Gefahrenwarnungen betrafen am häufigsten chemische Risiken (25 Prozent der Gesamtzahl der Mitteilungen), gefolgt von Verletzungsgefahr (22 Prozent). Unter den gemeldeten chemischen Risiken standen an oberster Stelle schädliche Schwermetalle wie Nickel und Blei bei Modeschmuck, sowie Phthalate, das sind fruchtbarkeitsschädigende Weichmacher, in Spielzeug. Fast zwei Drittel der gemeldeten gefährlichen Artikel kamen aus China, woher auch die meisten Importe der EU stammen.

Das Schnellwarnsystem steht mit dem wachsenden Onlinehandel vor einer neuen Herausforderung. Über 65 Prozent der Europäer\*innen kaufen Produkte online. Diese werden oft von außerhalb der EU, möglicherweise ohne vorherige Sicherheitsprüfung, per Post direkt in die Haushalte geliefert. Hier will die Kommission im Sinne des Verbraucherschutzes das Schnellwarnsystem nachbessern. [mbu]

► Vollständiger Rapex-Bericht:  
[www.ec.europa.eu/consumers/consumers\\_safety/safety\\_products/rapex/reports](http://www.ec.europa.eu/consumers/consumers_safety/safety_products/rapex/reports)

## Nachhaltigkeit

### A-Z



### S wie Synergien

Higher Education for Sustainable Development (HESD) and Human Ecology (HE) Studies both focus on the interrelationships between people and the environment. Both approaches represent innovative academic cultures that aim at qualifying future professionals and decision-makers. Nevertheless, potential synergies between HESD and HE Studies have not yet been explored. This compilation stimulates European exchange and cooperation. Sharing the same aims, the two approaches could complement each other and provide valuable experiences for more sustainability in higher education policies.

A. Franz-Balsen, L. Kruse (Eds.)  
**Human Ecology Studies and Higher Education for Sustainable Development**  
European Experiences and Examples  
168 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-299-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Gerechter Konsum**2015 fast ein Fünftel mehr Waren über den Ladentisch**

■ Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 18 Prozent mehr Fairtrade-Produkte verkauft als im Jahr davor. Der Umsatz sei auf 978 Millionen Euro gestiegen, sagte der Chef von TransFair Deutschland Dieter Overath bei der Vorstellung des Jahresberichts 2015 im Mai. Das bedeutet seit zwölf Jahren ein anhaltendes Wachstum der Branche im zweistelligen Bereich.

Die wichtigsten Fairtradewaren sind demnach Kaffee, Bananen, Kakao und Blumen. Ihr Anteil auf dem deutschen Markt beträgt 90 Prozent. Unter den Nachhaltigkeitssiegeln gilt das Fairtrade-Siegel laut Stiftung Warentest als besonders vertrauenswürdig. **[mbu]**

- ▶ Transfair-Jahresbericht:  
[www.fairtrade-deutschland.de/service/presse/details/transfair-ev-stellt-jahresbericht-vor-1187](http://www.fairtrade-deutschland.de/service/presse/details/transfair-ev-stellt-jahresbericht-vor-1187)

## LANDWIRTSCHAFT &amp; GENTECHNIK

EU-Agrarreform**Deutsche Agrarpolitik konterkariert Ökowende**

■ Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat der Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Das geht aus dem aktuellen Umweltgutachten hervor, das das wissenschaftliche Beratungsgremium im Mai veröffentlichte. In dem Gutachten, das seit 1994 alle zwei Jahre herausgegeben wird, nehmen die Expert\*innen die Umweltpolitik in Deutschland unter die Lupe und sprechen Empfehlungen aus, wie die ökologische Transformation gelingen kann.

Aus Sicht des agrarpolitischen Sprechers der Grünen im Europäischen Parlament und Mitglied des Umweltausschusses Martin Häusling bremsst die Bundesregie-

rung die Bemühungen um eine ökologische Reform der europäischen Agrarpolitik. Sie nutze die Möglichkeiten einer umweltgerechten Agrarpolitik nur mangelhaft, wie das SRU-Gutachten belegt.

Im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedsländern habe sich Deutschland wiederholt gegen eine anspruchsvolle Verknüpfung der Agrarförderung an Umweltforderungen eingesetzt, monierte Häusling. Beispiele hierfür seien die mangelhafte Umsetzung der Wasserrahmen- beziehungsweise der Nitratrichtlinie. Auch den Einsatz des Pestizids Glyphosat in der Landwirtschaft nennt Häusling als Beleg für eine fehlgeleitete Agrarpolitik. Statt ökologische Vorrangflächen zu fördern, setze die Bundesregierung auf den Anbau von Zwischenfrüchten wie Ackersenf. Die Pflanze gilt in der konventionellen Landwirtschaft häufig als Unkraut und wird zur Vorbereitung der Saat der Folgefrucht mithilfe von Glyphosat beseitigt. Die Auswirkungen des Pestizids auf Umwelt und Gesundheit spielten dabei keine Rolle. **[mbu]**

- ▶ Umweltgutachten SRU: [www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01\\_Umweltgutachten/2016\\_Umweltgutachten\\_HD.pdf](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_Umweltgutachten_HD.pdf)
- ▶ [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu)

Pestizideinsatz**Frankreich startet Programm zur Reduzierung**

■ Hersteller von Schädlingsbekämpfungsmitteln sollen bald einen Anreiz bekommen, weniger Ackergifte an französische Landwirte zu verkaufen. Das sieht ein Programm der Regierung in Paris vor, das den Einsatz von Pestiziden eindämmen soll.

Das fünfjährige Pilotprojekt beginnt im Juli und soll dazu beitragen, dass umstrittene Chemikalien wie Glyphosat deutlich seltener verwendet werden. Konzerne, die Pflanzenschutzmittel vertreiben, erhalten ein Pestizidreduktionszertifikat – französisch abgekürzt CEPP –, wenn sie Landwirte dazu bringen, statt auf Pestizide auf biologische Schädlingsbekämpfung oder auf maschinelles Jäten zu setzen.

Zwischen Juli 2016 und Dezember 2021 sollen Firmen eine ihrem Absatz angemessene Anzahl von Zertifikaten erlangen. Erreichen sie dieses Ziel nicht, müssen sie für jedes nicht erteilte Zertifikat fünf Euro Strafe zahlen. Das französische Landwirtschaftsministerium wird die Daten in fünf Jahren veröffentlichen. Die Auswertung des Programms soll 2022 erfolgen.

In der EU ist das am häufigsten eingesetzte Pestizid Glyphosat seit Langem umstritten. Im März erstatteten sechs Umweltorganisationen aus fünf europäischen Ländern – Global 2000, Natur et Progrès Belgique, Générations Futures, PAN UK, PAN Europe und Wemove.EU – Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen im Genehmigungsprozess von Glyphosat wegen deren Leugnung der krebserregenden Wirkung des Wirkstoffs. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in Deutschland und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) setzen sich für die Wiederzulassung von Glyphosat ein, weil sie der Bewertung des Wirkstoffs als „nicht krebserregend“ durch die Weltgesundheitsorganisation WHO nicht folgen. Voraussichtlich noch im Mai wollen die EU-Mitgliedstaaten über die Wiederzulassung von Glyphosat abstimmen. **[mbu]**

- ▶ Pestizid-Pilotprojekt französisches Landwirtschaftsministerium:  
[www.agriculture.gouv.fr/sites/minagri/files/projet\\_decret\\_cepp\\_-\\_consultation\\_publique.pdf](http://www.agriculture.gouv.fr/sites/minagri/files/projet_decret_cepp_-_consultation_publique.pdf)
- ▶ PAN Germany Glyphosatklage:  
[www.kurzlink.de/pan-glypho-03.2016](http://www.kurzlink.de/pan-glypho-03.2016)

Patente**Beschwerde gegen Syngenta-Tomate**

■ In München ist Mitte Mai ein Masseneinspruch gegen ein Patent von Syngenta auf Tomaten an das Europäische Patentamt (EPA) übergeben worden. Etwa 65.000 Bürger\*innen aus 59 Ländern sowie 32 Organisationen haben sich an der Aktion beteiligt. „Kein Einspruch vor dem Europäischen Patentamt konnte bislang eine so

hohe Anzahl von offiziell Einsprechenden vorweisen. Die Unterstützung dieses Einspruchs ist ein deutliches Signal an die Politik, entschiedener als bisher gegen Patente auf Pflanzen und Tiere vorzugehen“, sagte Iga Niznik von Arche Noah.

Am Übergabetermin tagte der Ausschuss Patentrecht der Europäischen Patentorganisation (EPO), um die Auslegung der bestehenden Verbote des Europäischen Patentübereinkommens zu beraten. Demnach dürfen Patente weder auf Pflanzensorten noch auf Tierarten oder auf die konventionelle Züchtung erteilt werden. In dem kritisierten Tomatenpatent werden das Saatgut, die Pflanzen und die Früchte als eigene Erfindung beansprucht, die aus Kreuzungen mit Tomaten aus Chile und Peru stammen.

Das Europäische Patentamt verstößt aus Sicht der Initiator\*innen des Masseneinspruchs gegen EU-Recht, indem bestehende Verbote so ausgelegt werden, dass sie unwirksam sind. Die Organisationen fordern, dass die Mitgliedsländer über die politischen Kontrollgremien des EPA aktiv werden und endlich die Patentierung von Saatgut stoppen. Ende Juni 2016 tagt der Verwaltungsrat, der eine neue Verbotsauslegung beschließen könnte. [pw]

- [www.no-patents-on-seeds.org/de/aktion/sammeleinspruch](http://www.no-patents-on-seeds.org/de/aktion/sammeleinspruch)

## Genpflanzenzulassung

### Sozialenz wird angefochten

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Mai eine Klage gegen die Genehmigung einer gentechnisch veränderten Sojabohne der US-Firma Monsanto (T-177/13) verhandelt. Die Sojabohne ist unter dem Kürzel MON87701 x MON89788 und dem Markennamen Intacta in der EU für den Import und die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln zugelassen.

Die Genpflanzen produzieren ein Insektengift, ein sogenanntes Bt-Toxin, und sind gleichzeitig unempfindlich gegenüber dem Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat. Über dessen Wiederzulassung wollen die EU-Mitgliedstaaten voraussichtlich in der kommenden Woche entscheiden. Die EU-Kommission verkürzte inzwischen die von ihr vorgeschlagene Dauer der Lizenzverlängerung von 15 auf 9 Jahre.

Die Gensoja, um die es vor dem EuGH ging, wurde nach Ansicht der Kläger von der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA nicht ausreichend auf Risiken für Verbraucher\*innen untersucht. So fehle etwa die Prüfung der Wechselwirkungen zwischen Glyphosat und dem Insektizid, das die Pflanze enthält. Zudem bestehe der Verdacht, dass von der Soja ein Risi-

ko für Immunkrankheiten ausgeht. Die EU-Kommission hätte die Sojabohnen deswegen nicht zulassen dürfen.

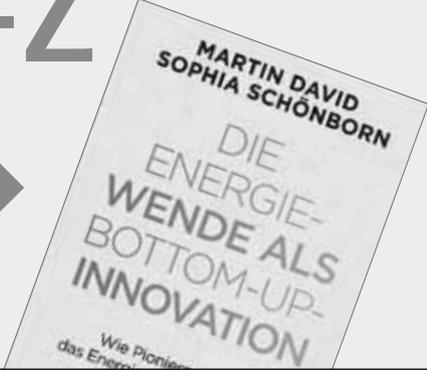
Testbiotech und das Europäische Netzwerk kritischer Wissenschaftler\*innen (European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility, ENSSER) sowie der Verein Sambucus hatten 2013 die Klage gegen die EU-Kommission eingereicht. Es ist das erste Mal, dass der EuGH eine Klage von Nichtregierungsorganisationen gegen eine Importzulassung von Gentechnikpflanzen verhandelt.

Neben der Klage gibt es derzeit Auseinandersetzungen über weitere EU-Zulassungen von genmodifizierten Sojabohnen der Firmen Bayer und Monsanto, die mit mehreren Pestiziden gleichzeitig gespritzt werden können. Bisher verweigerte die EU-Kommission die Zulassung. Testbiotech fordert, diese Zulassung zu stoppen, weil auch hier gesundheitliche Risiken der Pestizidrückstände nicht geprüft wurden. [mbu]

- EU-Kommission zu Prüfung von Rückständen in Import-Futtermitteln (PDF): [www.kurzlink.de/eukom-glyph-gen2016](http://www.kurzlink.de/eukom-glyph-gen2016)
- Wissenschaftliche Publikation über Wechselwirkung zwischen Glyphosat und Bt-Insektiziden: [www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0278691516300722](http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0278691516300722)

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## B wie Bürgerenergie

Die Energiekonzerne bremsen, die Politik fährt einen Schlingerkurs: Ohne bürgerschaftliches Engagement käme die Energiewende nicht vom Fleck. Die drei vorgestellten Bürgerenergieprojekte stehen exemplarisch für innovative Ideen und großen Enthusiasmus. Sie erklären die Überzeugungen und Motivation.

M. David, S. Schönborn  
**Die Energiewende als Bottom-up-Innovation**  
 Wie Pionierprojekte das Energiesystem verändern  
 144 Seiten, broschiert, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-790-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## H wie Herausforderung

Die Menschheit hat in ihrer kurzen Existenz den Planeten Erde bereits so stark geprägt, dass über die Definition eines neuen erdgeschichtlichen Zeitalters diskutiert wird: das Anthropozän. Menschliche Aktivitäten lassen Arten aussterben, verursachen die Erwärmung der Atmosphäre, zerstören die Ozonschicht und bewegen mehr Masse als alle Flüsse der Erde zusammen. Wolfgang Haber, Martin Held und Markus Vogt regen an zu einer Selbstreflexion über die Wurzeln, die Natur und den Kulturauftrag humaner Existenz und liefern so einen wichtigen Beitrag zur laufenden Anthropozän-Diskussion.

W. Haber, M. Held, M. Vogt (Hrsg.)

### Die Welt im Anthropozän

Erkundungen im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Humanität  
184 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-773-0

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## NATURSCHUTZ &amp; BIODIVERSITÄT

### Artenhandel international

## EU will bedrohte Arten besser schützen

■ Ende April hat die EU 21 Initiativen für das Treffen der Vertragsstaatenparteien des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) im Herbst vorgeschlagen, um den Schutz von mehr als 50 Tier- und Pflanzenarten zu verbessern. Die Konferenz findet von Ende September bis Anfang Oktober in Johannesburg statt. Die 182 CITES-Vertragsstaaten entscheiden dort über 175 Initiativen aus 80 Ländern zum Handel von Wildtieren und -pflanzen.

Die EU will unter anderem den Export von Jagdtrophäen strikter kontrollieren, stärker gegen Korruption vorgehen und seltene Arten mit kleinem Verbreitungsgebiet besser schützen. Sie nimmt zum ersten Mal als eigenständiges Mitglied an der Konferenz teil.

Die kenianische Regierung fordert ein weltweites Handelsverbot von Elfenbein. Derzeit gilt kein absolutes Verbot, sondern lediglich ein befristetes Moratorium, das 2017 ausläuft. Als Zeichen gegen Wilderei wurden in Kenia am 30. April Stoßzähne von etwa 5.000 Elefanten sowie 1,3 Tonnen Horn vom Nashorn verbrannt.

Die Artenschutzorganisation Pro Wildlife begrüßt sowohl den Vorstoß der kenianischen Regierung als auch die Positionen der EU, um bedrohte Wildtiere und -pflanzen zu bewahren. „Die EU ist ein wichtiger Absatzmarkt für Wildtiere und Pflanzen – vor allem für exotische Heimtiere ist sie ein zentraler Umschlagplatz. Wir begrüßen, dass die EU als neues Mitglied diese Verantwortung ernst nimmt und zahlreiche wichtige Schutzanträge einreicht. Viele der von der EU vorgeschlagenen Arten brauchen dringend besseren Schutz“, sagte Sandra Altherr von Pro Wildlife. [ej, pw]

- ▶ [www.prowildlife.de/Presseinformation\\_CITES\\_cop2016\\_EU-Initiativen](http://www.prowildlife.de/Presseinformation_CITES_cop2016_EU-Initiativen)
- ▶ [www.kurzlink.de/Elfenbeinhandel](http://www.kurzlink.de/Elfenbeinhandel)
- ▶ [www.kurzlink.de/Artenschutzkonferenz](http://www.kurzlink.de/Artenschutzkonferenz)

### Artenhandel EU

## EU-Aktionsplan bedeutend

■ Der Kampf gegen den illegalen Artenhandel muss eine höhere Priorität erhalten. Das geht aus einer Studie des Ecologic Instituts zum EU-Aktionsplan (umwelt aktuell 04/2016, S. 17-18) im Auftrag des Europäischen Parlaments hervor. In der Studie werden Straftaten im Zusammenhang mit wild lebenden Tier- und Pflanzenarten innerhalb der EU und der Vollzug in den Mitgliedstaaten untersucht. Die Autor\*innen empfehlen die Verbesserung der Spezialisierung des Vollzugspersonals, der Datenerfassung und Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden in den EU-Mitgliedstaaten und Maßnahmen zur Senkung der Nachfrage nach wild lebenden Tier- und Pflanzenarten. [ej]

▶ Mitteilung Ecologic: [www.ecologic.eu/de/13646](http://www.ecologic.eu/de/13646)

### Vogelschutz

## Monitoring gegen Jagd

■ Der illegale Zugvogelfang in Ägypten ist ein Millionengeschäft und für viele Haushalte die wichtigste Einkommensquelle. Das geht aus einer von BirdLife anlässlich des Weltzugvogeltags am 10. Mai veröffentlichten Studie hervor.

Laut der Studie werden während des Herbstzugs von Mitte August bis Ende Oktober etwa zwölf Millionen Zugvögel in Netzen an der ägyptischen Mittelmeerküste gefangen. Diese hätten einen Handelswert von etwa 40 Millionen Euro. Für die Studie wurden auch Vogeljäger\*innen interviewt. Demnach betreiben etwa 2.000 ägyptische Familien Vogelfang. Von diesen sei für 60 Prozent der Vogelfang die wichtigste Einkommensquelle.

„Etwa drei Viertel der gefangenen Vögel werden auch nach ägyptischem Recht illegal gewildert. Zudem hat Ägypten auch die internationalen Naturschutzkonventionen unterzeichnet, die den Netzfang von Vögeln grundsätzlich verbieten, da Netze neben den jagdbaren Arten genauso geschützte und bedrohte Vogelarten fangen. Besonders betroffen sind Wachteln, Tur-

teltauben, Wachtelkönige, Ziegenmelker, Pirole oder Neuntöter“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Die Umweltschutzorganisationen schlagen auch Gegenmaßnahmen vor. Sie fordern die bessere Durchsetzung der bestehenden Jagdregeln und die Kontrolle des internationalen Handels. Zudem bräuchten Vogelfängerfamilien wirtschaftliche Alternativen und Informationskampagnen müssten über die ökologischen Auswirkungen des Vogelfangs aufklären.

Eine internationale Arbeitsgruppe wird deshalb auf Einladung des ägyptischen Umweltministeriums im Juli in Kairo die Umsetzung der Maßnahmen diskutieren. Die Studie „Hunting and Illegal Killing of Birds along the Mediterranean Coast of Egypt“ ist beim NABU erhältlich. [ej]

- ▶ [www.worldmigratorybirdday.org/](http://www.worldmigratorybirdday.org/)
- ▶ [www.nabu.de/news/2016/05/20692.html](http://www.nabu.de/news/2016/05/20692.html)

## Vjosa

### Fluss soll Nationalpark werden

■ Albanien soll stärker als bisher auf Schutzgebiete und sensible Naturgebiete Rücksicht nehmen und die Unversehrtheit von bestehenden Nationalparks aufrechterhalten. Das hat das EU-Parlament Ende April in einer Stellungnahme gefordert und die albanische Regierung für ihre geplanten Wasserkraftwerke kritisiert. Die Forderungen gelten insbesondere für die Vjosa. Die Regierung solle die Staudammprojekte an dem Fluss überdenken, die Qualität der Umweltverträglichkeitsprüfungen verbessern und an EU-Standards anpassen sowie die Bevölkerung in die Planungen einbeziehen und besser informieren.

Die Vjosa ist einer der wenigen großen naturbelassenen Flüsse Europas und beheimatet gefährdete und vom Aussterben bedrohte Arten. In Albanien sind über 400 neue Wasserkraftwerke geplant.

„Diese Position des EU-Parlaments ist Unterstützung für unsere Arbeit in Albanien. Es ist jedoch wichtig, dass sich die albanische Regierung auch an diese Vorschriften hält. Statt der geplanten Wasser-

kraftwerke fordern wir die Ausweisung der ganzen Vjosa als Nationalpark, den ersten Wildfluss-Nationalpark in Europa. Die Vjosa ist ein europäisches Juwel“, sagte Ulrich Eichelmann von Riverwatch. [ej]

- ▶ EU-Parlament: [www.kurzlink.de/EP2016/0134](http://www.kurzlink.de/EP2016/0134)
- ▶ EuroNatur [www.kurzlink.de/euronatur140416](http://www.kurzlink.de/euronatur140416)

## FFH-Richtlinie I

### Beschwerde gegen Polen

■ Eine Gruppe von Umweltorganisationen hat im April bei der EU-Kommission Beschwerde gegen Polen eingelegt, weil es in dem Nationalpark Białowieża den Holzeinschlag verstärken will. Laut der Organisation Client Earth würde die geplante Verdreifachung des Holzschlags gegen Artikel 6 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) verstoßen. Dieser hält die EU-Mitgliedstaaten an, „in den besonderen Schutzgebieten die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und der Habitate der Arten sowie Störungen von Arten, für die die Gebiete ausgewiesen worden sind, zu vermeiden“. Die Biodiversität des geschützten Waldes umfasst neben Wisenten, Schrei- und Schlangennadlern auch 5.500 bisher nachgewiesene Pflanzenarten. [ej]

- ▶ Beschwerde: [www.kurzlink.de/CE0416](http://www.kurzlink.de/CE0416)
- ▶ FFH-Richtlinie: [www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31992L0043](http://www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31992L0043)

## FFH-Richtlinie II

### Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich und Irland

■ Österreich soll die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) einhalten und dafür sorgen, dass das Wasserkraftwerk Ferschnitz sich nicht negativ auf die Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebiets auswirkt, in dem es gebaut werden soll. Dazu hat die EU-Kommission Österreich Ende April aufgefordert.

Nach Auffassung der Kommission haben die Behörden das Vorhaben nicht im Einklang mit der FFH-Richtlinie geprüft. Das Gebiet im Niederösterreichischen Amstetten ist wichtig zur Erhaltung des Huchens und befindet sich in einem nicht zufriedenstellenden Zustand. Demnach werde das Vorhaben die Belastung der dortigen Gewässer noch erhöhen. Die Kommission hat auch Irland zur Stärkung des Naturschutzes aufgefordert. Irland hat es versäumt, rechtzeitig seine Schutzgebiete auszuweisen und keine Erhaltungsziele und -maßnahmen in diesen Gebieten festgelegt.

Wenn Österreich und Irland den Anforderungen der Kommission nicht innerhalb von zwei Monaten nachkommen, kann sie die Fälle an den Gerichtshof der Europäischen Union verweisen. [ej]

- ▶ EU-Vertragsverletzungsverfahren im April: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search:MEMO-16-1452)

## Grünes Band

### Biotopverbund wächst

■ Die Umsetzung des Naturschutzgroßprojektes „Grünes Band Rodachtal – Lange Berge – Steinachtal“ hat Ende April begonnen. In dem Gebiet zwischen Franken und Thüringen leben viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten wie die Mopsfledermaus, die Wildkatze und das Braunkelchen, das Sommer-Adonisröschen und die Trollblume. Das Fördergebiet umfasst zehn Prozent des gesamten Grünen Bandes in Deutschland.

Das Grüne Band ist ein Biotopverbund entlang des Grenzstreifens des Eisernen Vorhangs. In Deutschland soll ein Grüngürtel auf dem fast 1.400 Kilometer langen Geländestreifen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze entstehen. Das Fördervolumen des bis 2026 genehmigten Vorhabens „Grünes Band Rodachtal – Lange Berge – Steinachtal“ umfasst etwa neun Millionen Euro, die der Bund, Bayern und Thüringen sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) aufbringen. „Das Naturschutzgroßvorhaben ist ein

Leuchtturmprojekt zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und hat eine herausragende Bedeutung für die Bewahrung und Entwicklung dieses Teils des nationalen Naturerbes. Die naturnahen Wälder, die Trockenrasen, das artenreiche Grünland, die Heiden und Moore sowie die naturnahen Fließgewässer des Fördergebietes sind von nationaler Bedeutung für den Naturschutz“, sagte Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). [ej]

► Mitteilung des BfN: [www.kurzlink.de/bfn290416](http://www.kurzlink.de/bfn290416)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Lebewesen Tier

## Internationaler Tag des Versuchstiers

■ Anlässlich des Internationalen Tags des Versuchstiers am 24. April hat der Deutsche Tierschutzbund an die ethische Problematik, Lebewesen als Messinstrumente oder Versuchsobjekte zu missbrauchen, erinnert. „Die Forschung der Zukunft muss sich auf tierversuchsfreie Forschungs- und Testmethoden konzentrieren, anstatt nach wie vor immense Summen in grausame Tierversuche zu investieren“, sagte Thomas Schröder, der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums wurden 2014 etwa drei Millionen Tiere für die Forschung eingesetzt. Außerdem wurden weitere Millionen Tiere vorrätig gehalten. „Es ist höchste Zeit für ein Umdenken. Es gibt bereits hervorragende Methoden, bei denen kein Tier leiden muss. Den Ausstieg aus der Praxis Tierversuche muss die Bundesregierung nun endlich mit konkretisierten Plänen und entsprechenden Fördergeldern angehen“, forderte Schröder. Am 23. April fand dazu in Berlin das erste Tierschutzfestival statt. Dort diskutierten Expert\*innen über Alternativmethoden zu Tierversuchen. [pw]

► [www.tierschutzbund.de/tag-des-versuchstiers](http://www.tierschutzbund.de/tag-des-versuchstiers)

### Artgerechte Haltung

## Mehr Mobilität für Rinder

■ Der Bundesrat hat Ende April zwei Gesetzentwürfe zum Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung und zur Kennzeichnung von Produkten, die Eier enthalten, angenommen. Der Deutsche Tierschutzbund hatte den Bundesrat dazu aufgefordert.

Die Tierschutzorganisation begrüßte zwar die Entscheidungsanträge, kritisierte bei der Regelung zur Anbindehaltung jedoch die langen Übergangsfristen bis 2028. Zudem gelte das Verbot nicht für saisonale Anbindung. Dadurch seien Rinder im Winter immer noch massiv in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, was ihre Gesundheit beeinträchtigen könne. Bis 2028 müsse es daher wenigstens verpflichtende Mindestvorgaben für bestehende Anbindeställe geben.

Die Organisation fordert bereits seit längerem ein Kennzeichnungssystem für Eier, die in Produkten verarbeitet sind. Das sind in Deutschland etwa 40 Prozent. Die Verbraucher\*innen wünschten keine Käfigeier, auch nicht versteckt. [akm]

► [www.kurzlink.de/Tier\\_An](http://www.kurzlink.de/Tier_An)

### Massentierhaltung

## Klage gegen Mastputenstall

■ Der Deutsche Tierschutzbund klagt seit August 2015 gegen das Bauvorhaben eines Putenmästlers in Nordrhein-Westfalen. Der Verband hat nun bei dem verantwortlichen Verwaltungsgericht Münster eine Klagebegründung eingereicht. Den Tierschützer\*innen zufolge verstößt die erteilte Baugenehmigung unter anderem wegen der hohen Besatzdichte gegen das geltende Tierschutzrecht.

„Die vorgesehene Putenhaltung ist tierschutzwidrig. Das zeigt unsere Klagebegründung klar und konsequent“, sagte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Der Mangel an Platz und die zuchtbedingten Probleme würden verhindern, dass die Tiere ihr art-eigenes Verhalten ausleben können. Das

hätte Schmerzen, Leiden, massive Verhaltensstörungen sowie Federpicken und Kannibalismus zur Folge. [pw]

► [www.kurzlink.de/klage-putenstall](http://www.kurzlink.de/klage-putenstall)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### Europawahlrecht

## Keine EU-Spitzenkandidaten?

■ Offenbar will der EU-Rat das EU-Parlament daran hindern, bei den nächsten Europawahlen wieder Spitzenkandidaten als EU-Kommissionspräsidenten aufzustellen. Das geht aus Informationen hervor, die der Europaabgeordnete Sven Giegold (Die Grünen/EFA) im Mai ins Netz stellte.

Die von den Fraktionen aufgestellten Kandidaten haben bei den vergangenen Europawahlen die Sichtbarkeit des Europäischen Parlaments erhöht. Derzeit laufen die Verhandlungen um ein europäisches Wahlrecht.

„Der Rat verstärkt das allgemeine Unwohlsein der Bürger über mangelnde Transparenz und Hinterzimmerpolitik. Wir brauchen weniger geheime Deals, nicht mehr. Die Spitzenkandidaten haben das Europäische Parlament sichtbarer gemacht. Die Bundesregierung sollte diese Sichtbarkeit unterstützen. Stattdessen handelt sie undemokratisch und schiebt juristische Spitzfindigkeiten vor, um einen Machtkampf auszufechten. Damit fördert sie nur die Politikverdrossenheit. Es ist ein Bärendienst an Europa, dass 27 von 28 Mitgliedsländern mehr Demokratie bei der Bestimmung des EU-Kommissionspräsidenten ablehnen“, kommentierte Sven Giegold.

Ein aktueller DNR-Steckbrief fasst die Fakten und Streitpunkte der Reform des EU-Wahlrechts zusammen. [bv]

► Sven Giegold: [www.sven-giegold.de](http://www.sven-giegold.de)

► DNR-Steckbrief zur Reform der Europawahl: [www.eu-koordination.de/PDF/sb-reform-ep-wahlssystem.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/sb-reform-ep-wahlssystem.pdf)

Umweltsteuern EU-weit**Hinterer Platz für Deutschland**

■ Der Anteil der Umweltsteuern war 2014 in Slowenien, Kroatien und Griechenland am höchsten und in Deutschland, Luxemburg, Schweden, Belgien und Frankreich am niedrigsten. Das geht aus einer Eurostat-Veröffentlichung von April hervor.

Demnach beliefen sich die Umweltsteuern in der EU 2014 auf 343,6 Milliarden Euro. Das entspricht 6,3 Prozent der Steuereinnahmen. In Deutschland machten die Umweltsteuern 2014 nur 5,2 Prozent der Steuern und Sozialbeiträge aus – das ist weniger als im Vorjahr und deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Damit liegt Deutschland für 2014 im EU-Vergleich auf dem fünftletzten Rang. Das Schlusslicht bilden Belgien und Frankreich. Ein Grund dafür ist, dass Deutschland 2014 keine Steuern auf Umweltverschmutzung oder Ressourcen erhoben hat. Gleiches gilt sonst nur noch für Zypern.

Insgesamt ist der Anteil der Umweltsteuern an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen von 2004 bis 2014 von 6,8 auf 6,3 Prozent im Jahr zurückgegangen. Die EU strebt gemäß der Europa-2020-Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ bis 2020 einen Anteil an Umweltsteuern von mindestens 10 Prozent an.

Laut Eurostat waren 2014 Slowenien (10,6 Prozent), Kroatien (10,5 Prozent) Griechenland (10,2 Prozent) die einzigen Mitgliedstaaten, die dieses Ziel bereits erreicht haben. Den größten Anteil machten EU-weit Energiesteuern aus.

Schlusslicht Belgien beschloss im Oktober 2015 eine Umstrukturierung der Steuern. Ab 2018 soll die Steuerlast von Arbeit zu einem großen Teil auf Steuern verschoben werden, von denen Umwelt und Gesundheit profitieren. Eine 2014 von der EU-Kommission veröffentlichte Studie empfiehlt eine Verlagerung der Besteuerung von Arbeit hin zu Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung und den Abbau umweltschädlicher Subventionen. [bv]

► EU-Umweltnews: [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3680](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3680)

Lobbyismus**Einflussnahme durch die Ständigen Vertretungen**

■ Die Wirtschaftslobby hat umfassenden Zugang zu den Ständigen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel. Das geht aus der Studie „National Representations in Brussels: Open for Corporate Lobbyists“ hervor, welche die Allianz für Lobby-Transparenz ALTER-EU im März veröffentlicht hat. Mindestens 20 Prozent dieser Lobbytreffen finden demnach mit Vertreter\*innen von Firmen und Organisationen statt, die nicht im EU-Transparenzregister registriert sind.

Die Ständigen Vertretungen spielen eine wichtige Rolle in EU-Entscheidungsprozessen, werden aber oft kaum wahrgenommen. Das mache sie zum perfekten Ziel für Wirtschaftslobbyisten, sagte Vicky Cann von Corporate Europe Observatory und Mitglied des Lenkungsausschusses von ALTER-EU. [akm]

► Studie Alter-EU:  
[www.alter-eu.org/member-state-offices-in-brussels-wide-open-to-corporate-lobbyists](http://www.alter-eu.org/member-state-offices-in-brussels-wide-open-to-corporate-lobbyists)

Öffentliche Beschaffung**Neue Leitlinien in Kraft**

■ Im April sind die neuen EU-Vergaberichtlinien und die Reform des deutschen Vergaberechts in Kraft getreten. Ein Schwerpunkt der neuen Richtlinien liegt nun auf der Beachtung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Vergabe öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

Die EU möchte damit vor allem eine „grüne“ Beschaffung fördern und Ressourcen schonen. Der DNR-Steckbrief zur öffentlichen Beschaffung in der EU erklärt Hintergründe und Chancen der öffentlichen Auftragsvergabe und welche Möglichkeiten sich daraus für die öffentliche Beschaffung ergeben.

Die Umsetzung in Deutschland erfolgt durch das Vergaberechtsmodernisierungsgesetz und die das Gesetz konkretisieren-

**Eine Inspiration für Eltern**

Wie wird Einkaufen zum Erlebnis? Wie macht man aus Stubenhockern Outdoorbreaks? Welche Köstlichkeiten lassen sich aus Klee, Löwenzahn und Co. zaubern? Und machen Geburtstagsfeiern ohne Müllberge auch Spaß? Kate Blincoe hat ihre Alltagserfahrungen in einem liebevoll gestalteten Ratgeber zusammengetragen und gibt Antworten auf diese und viele andere Fragen. Für die Mutter zweier Kinder »geht es nicht darum, perfekt zu sein; es geht darum, Dinge auszuprobieren und zu spüren, wie gut es tut, die Welt ein klein bisschen besser zu machen«.

Kate Blincoe

**Green Parenting**

Wie man Kinder großzieht, die Welt rettet und dabei nicht verrückt wird  
180 Seiten, Paperback, 19,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-778-5

Auch als E-Book erhältlich.

Beziehbar im Buchhandel oder versandkostenfrei bestellbar innerhalb Deutschlands unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft



de Vergaberechtsmodernisierungsverordnung (Mantelverordnung aus fünf Verordnungen). Durch die Neuerungen dürfen Umweltzeichen, die als Vertrauenslabel auf wissenschaftlicher Basis und in einem offenen, transparenten Verfahren erarbeitet werden, als Nachweis verlangt werden. Auch neu ist, dass Unternehmen, die bei öffentlichen Aufträgen schon einmal gegen Umweltrecht verstoßen haben, künftig bei Vergaben ausgeschlossen werden dürfen.

Konkretisierende Ausführungen stärken die Berücksichtigung der Lebenszykluskosten. In die Vergabeentscheidungen können neben dem Anschaffungspreis nun auch die Kosten während und am Ende der Nutzungsdauer von Produkten – etwa Strom- und Entsorgungskosten – oder Kosten, die der Allgemeinheit durch resultierende Umweltbelastungen entstehen (externe Umweltkosten), einbezogen werden. [bv]

- ▶ EU-Kommission: [www.ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item\\_id=8773](http://www.ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=8773)
- ▶ UBA: [www.umweltbundesamt.de/themen/vergaberechtsreform-erleichtert-umweltfreundliche](http://www.umweltbundesamt.de/themen/vergaberechtsreform-erleichtert-umweltfreundliche)
- ▶ DNR-Steckbrief: [www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-vergaberecht.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-vergaberecht.pdf)

### Bürokratiebremse

## Verwaltungsabbau auf Kosten der Allgemeinheit

■ Das Bundeskabinett hat Ende April den jährlichen Fortschrittsbericht zum Bürokratieabbau verabschiedet. Demnach konnte 2015 in Deutschland der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft um rund 1,4 Milliarden Euro gesenkt werden.

Die Bundesregierung hat Unternehmen und Selbstständige um rund 1,4 Milliarden Euro pro Jahr beim laufenden Erfüllungsaufwand entlastet. Dabei handelt es sich um Folgekosten, die durch gesetzliche Regelungen entstehen. Dies geschieht auf Kosten von Bürger\*innen und Verwaltung. Denn bei den Bürger\*innen verzeichnet der Fortschrittsbericht einen „vergleichs-

weise moderaten“ Anstieg des laufenden Erfüllungsaufwands um rund 1,5 Millionen Stunden und 30 Millionen Euro jährlich, bei der Verwaltung um 23,6 Millionen Euro pro Jahr.

Grundlage ist die 2015 von der Bundesregierung eingeführte Bürokratiebremse. Nach dem Prinzip „One in, one out“ müssen neu eingeführte Belastungen künftig an anderer Stelle wieder eingespart werden.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, jedes Jahr den Fortschritt beim Bürokratieabbau in einem Bericht darzustellen. Um die Wirtschaft noch weiter zu entlasten, stimmt die Bundesregierung momentan ein neues Arbeitsprogramm Bessere Rechtsetzung ab. [bv]

- ▶ Bericht: [www.kurzlink.de/bundbericht2015](http://www.kurzlink.de/bundbericht2015)
- ▶ DNR-Steckbrief: [www.eu-koordination.de/PDF/bessere-rechtsetzung-deregulierung.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/bessere-rechtsetzung-deregulierung.pdf)

### Naturbewusstseinsstudie 2015

## Tierwohl und Auswirkungen auf die Natur wichtig

■ Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und das Bundesamt für Naturschutz haben die Ergebnisse der 2015 erhobenen Naturbewusstseinsstudie 2015 veröffentlicht. Sie entstanden aus einer Stichprobe von über 2.000 Deutschen.

92 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, dass die Landwirtschaft die Auswirkungen auf die Natur stärker berücksichtigen soll. 93 Prozent der Bürger\*innen ist es wichtig, dass bei der Lebensmittelproduktion das Wohl der Tiere eine Rolle spielt. 76 Prozent der Befragten lehnen gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft ab.

Darüber hinaus deckt die Studie die Themenfelder Stadtnatur, Energiewende, Naturbeziehung und grundsätzliche Naturschutzeinstellungen sowie Biodiversität ab. [pw]

- ▶ Naturbewusstseinsstudie 2015: [www.kurzlink.de/Studie-2015](http://www.kurzlink.de/Studie-2015)

### Baden-Württemberg

## Koalitionsvertrag besiegelt

■ Anfang Mai haben die Grünen und die CDU in Stuttgart ihren Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg vorgestellt. Das 140 Seiten starke Dokument wird für die nächsten fünf Jahre der Leitfaden der Landespolitik sein. Themen des Vertrags sind unter anderem das Freihandelsabkommen TTIP, erneuerbare Energien und Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Besonders klar ist der Vertrag beim internationalen Freihandel. Die Regierung hat vor, Freihandelsabkommen zuzustimmen, sofern EU-Standards – unter anderem der Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz – und die öffentliche Gerichtsbarkeit bei Investor-Staats-Klagen eingehalten werden. Die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und die Agenda 2030 sollen Grundlage der Nachhaltigkeitsstrategie und Nachhaltigkeit das zentrale Entscheidungskriterium für das Regierungs- und Verwaltungshandeln sein.

Zudem soll der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Dafür seien die vorhandenen Potenziale bei Sonnenenergie, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie verantwortungsbewusst zu nutzen. Weiterhin sieht der Vertrag die Stärkung der Elektromobilität vor. Außerdem sollen alle relevanten Akteur\*innen der Automobilindustrie stärker vernetzt werden.

Die grün-schwarze Koalition hat vor, weitere Klimapartnerschaften mit anderen Ländern und Städten einzugehen, um die Klimaziele einzuhalten. [akm]

- ▶ [www.kurzlink.de/Koalitionsvertrag-BW](http://www.kurzlink.de/Koalitionsvertrag-BW)

### Internationale Schiedsgerichte

## Yukos-Urteil nichtig

■ Medienberichten zufolge hat im April ein niederländisches Bezirksgericht in Den Haag das Urteil des ebenfalls in Den Haag ansässigen internationalen Schiedsgerichts für ungültig erklärt. 2014 hatten die Schiedsrichter ehemaligen Großak-

tionären des zerschlagenen russischen Erdölkonzerns Yukos 50 Milliarden Dollar Schadenersatz wegen der Verletzung ihrer Investorenrechte nach der internationalen Energiecharta zugesprochen. Russland sollte den Aktionären diesen Betrag zahlen. Jetzt wurde Moskau vorerst freigesprochen.

Nach Ansicht des Zivilgerichts war das internationale Schiedsgericht damals nicht befugt, in der Sache zu urteilen. Die Schiedsrichter hatten sich auf den Vertrag über die Energiecharta von 1994 berufen, den Russland zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert habe. Das Schiedsgericht hatte Russland 2014 mit der Begründung zu Schadenersatzzahlungen verurteilt, der Bankrott und die Auflösung von Yukos 2003 seien politisch motiviert gewesen. Die Yukos-Kläger werden nun ihrerseits in Berufung gehen.

Die EU will in den internationalen Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) ebenfalls internationale Schiedsgerichte verankern. Dadurch sollen internationale Konzerne eigene Sonderklagerechte gegen Staaten bekommen. Dies kritisiert das Bündnis TTIP unfairhandelbar. [bv]

► EU-Umweltnews:

[www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3674-2016-04-21-09-23-15](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3674-2016-04-21-09-23-15)

Umweltgutachten 2016

## Impulse für eine integrative Umweltpolitik

■ Anfang Mai hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) das neue Hauptgutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) in Berlin entgegengenommen. Mit dem Gutachten „Impulse für eine integrative Umweltpolitik“ legt der SRU-Vorsitzende Martin Faulstich die letzte Veröffentlichung des amtierenden Sachverständigenrats vor.

Hendricks sagte: „Der Titel des Gutachtens deutet es an: Alle Politikbereiche und alle politischen Ebenen müssen viel stärker als bisher sich der gravierenden und immer komplexer werdenden Umweltprobleme annehmen – ein Ministerium allein und auch nur die Politik allein kann dies nicht leisten.“ Das neue Gutachten mache deutlich, dass sich die Umweltpolitik weiterentwickeln muss, wenn sie die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, meistern wolle, so Hendricks weiter.

Notwendig seien insbesondere strukturelle Veränderungen in Bereichen wie Landwirtschaft, Energie und Wohnen. Am 1. Juli nimmt der bereits neu berufene Rat seine Arbeit auf. [pw]

► [www.kurzlink.de/umweltgutachten16](http://www.kurzlink.de/umweltgutachten16)

VERKEHR & TOURISMUS

Viertes Eisenbahnpaket

## Liberalisierung beschlossen

■ Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat haben sich Anfang April über das vierte Eisenbahnpaket geeinigt, das den einheitlichen europäischen Eisenbahnraum vollenden soll. Das Gesetzespaket umfasst eine Reihe von Maßnahmen zur Liberalisierung, mit denen der Schienenverkehr in der Europäischen Union innovativer und wettbewerbsfähiger werden soll.

Laut EU-Kommission wird die Eisenbahn durch das vierte Eisenbahnpaket noch attraktiver, sodass mehr Kunden von weniger umweltverträglichen Verkehrsträgern auf die Bahn umsteigen dürften. Damit leiste das Paket auch ein Beitrag zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen EU.

Das Parlament und der Rat müssen das Paket noch formell verabschieden. Dies soll im Herbst geschehen. [Quelle: UWD, ej]

► EU-Kommission zu 4. Eisenbahnpaket:

[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/16/1382)

► UWD: [www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=eunews&id=5559](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=eunews&id=5559)

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## G wie Geldsystem

Die Welt befindet sich seit 2008 im Ausnahmezustand: Eine globale Finanzkrise geht mit wachsenden Schuldenbergen einher. Viele Länder verlieren ihre Stabilität und sehen sich Bürgerkriegen und Massenmigration ausgesetzt. Gleichzeitig nimmt der Klimawandel an Fahrt auf. Aus der Sicht des Physikers Peter Berg liegt die gemeinsame Ursache dieser Trends im Widerspruch eines steten Wirtschaftswachstums auf einem endlichen Planeten. Was wir dringend brauchen, ist ein Geldsystem, das auf Dauer ein Mindestmaß an Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsversorgung garantieren kann.

**P. Berg**  
**Endliche Welt, unendliches Geld**  
 Das wahre Dilemma der Nachhaltigkeit  
 188 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-803-4  
 Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

Pkw-Maut

## Zweite Runde im Verfahren gegen Deutschland

■ Die EU-Kommission hat Anfang Mai das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik wegen der sogenannten Ausländermaut von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) verschärft. Nun hat Deutschland zwei Monate Zeit, um zu erklären, wie es seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Laut EU-Kommission ist die Maut in zweierlei Hinsicht diskriminierend. Erstens weil Bundesbürger\*innen über eine Senkung der Kfz-Steuer von der Abgabe befreit werden sollen und zweitens weil die Kurzzeitvignetten, die für ausländische Nutzer\*innen vorgesehen sind, zu teuer sind. Auch gegen Großbritannien hat die Kommission wegen einer diskriminierenden Lkw-Maut ein Verfahren eingeleitet.

Bereits 1990 hat die Kommission Deutschland vor dem Gerichtshof der EU verklagt, als es zeitgleich eine Lkw-Straßennutzungsgebühr und eine Absenkung der Kfz-Steuer eingeführt hat. Der Gerichtshof entschied damals, dass dies eine Diskriminierung ausländischer Nutzer darstelle und die Gebühr wurde verworfen. [ej]

► [www.kurzlink.de/ec280416](http://www.kurzlink.de/ec280416)

Elektromobilität

## Umstrittene Kaufprämie

■ Die Bundesregierung hat im Mai eine Kaufprämie für Elektroautos eingeführt. Dafür wollen die deutsche Regierung und die Automobilindustrie jeweils 600 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sagte: „Es geht nicht darum, der Autoindustrie einen Gefallen zu tun, sondern um Umwelt, Gesundheit und die Zukunft unseres Industriestandorts.“

Leif Miller, der Bundesgeschäftsführer des NABU, kritisierte den Beschluss: „Das ist der falsche Ansatz, denn jeder Fußgänger, jeder Radfahrer und jeder Bahnfahrer

werde damit für die Versäumnisse der Autoindustrie zur Kasse gebeten.“

Auch Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, hält die Kaufprämie für den falschen Weg: „Wer Kaufanreize ohne Berücksichtigung der Effizienz der Fahrzeuge, deren Einsatzzweck oder des verwendeten Stroms einführt, wird keinen die Umwelt oder das Klima schützenden Effekt erzielen. Mehr Investitionen in öffentliche Verkehrssysteme oder zur Elektrifizierung von Taxi- und Carsharing-Flotten hätten einen vielfachen Umweltnutzen.“ [pw]

► [www.kurzlink.de/nabu260416](http://www.kurzlink.de/nabu260416)

► [www.kurzlink.de/nabu-e-autos](http://www.kurzlink.de/nabu-e-autos)

► [www.kurzlink.de/bmub-e-foerderung](http://www.kurzlink.de/bmub-e-foerderung)

VW-Abgasskandal

## Kritik am Kraftfahrtbundesamt

■ Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat Ende April den Bericht der „Untersuchungskommission Volkswagen“ vom Kraftfahrtbundesamt (KBA) vorgelegt. Daraus geht hervor, dass kein weiteres Fahrzeug den gleichen Prüfzyklus wie VW eingesetzt hat. Zudem wurden technische Verfahren festgestellt, mit denen die Hersteller die Wirksamkeit ihres Emissionskontrollsystems an Fahr- und Umweltbedingungen anpassen. Durch Rückrufe werden nun die betroffenen VW-Dieselfahrzeuge an die ursprüngliche Typgenehmigung angepasst, um Umweltvorschriften einzuhalten.

Anlässlich der Veröffentlichung des Prüfberichts hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Vorwürfe gegen Dobrindt erhoben. Er behindere sowohl die Aufklärung als auch die Lösung des Diesellabgasskandals und setze die konspirative Kooperation mit den Autoherstellern fort. Zudem verzichten Dobrindt und das ihm unterstellte KBA auf Nachweise der Autokonzerne, dass durch die Nachrüstung die Abgasreinigung auf der Straße uneingeschränkt funktioniert. „Die Autokonzerne müssen verpflichtet werden, ihre zur Verpestung der innerstädtischen Luft beitragenden Euro-5- und Euro-6-Diesel-Pkw so nachzurüsten, dass

sie auf der Straße die Diesellabgase immer zu über 90 Prozent herausfiltern. Fahrzeuge, die nicht nachrüstbar sind, müssen wie in den USA zurückgekauft und verschrotet werden. Alle Kosten für Nachrüstung, Rückkauf und Kompensation des Schadens müssen die Hersteller tragen“, forderte Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH.

Auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU) kritisierte die Untersuchungsergebnisse. „Dieselfahrzeuge können nur dann eine Zukunft haben, wenn sie auf der Straße gleiche Abgasgrenzwerte einhalten wie Benziner. So wie es derzeit läuft, belastet die Automobilindustrie die Umwelt in unverantwortlicher Weise mit viel zu hohen Stickoxidemissionen. Wenn die Bundesregierung jetzt nicht handelt und streng durchgreift, stellt sie wieder einmal die Interessen der Automobilindustrie über die Gesundheit der Bürger“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Der NABU fordert die umgehende Entfernung sämtlicher Abschaltvorrichtungen sowie die Nachrüstung der betroffenen Modelle. [pw]

► [www.nabu.de/news/2016/04/20597.html](http://www.nabu.de/news/2016/04/20597.html)

► [www.kurzlink.de/bmvi-bericht-vw](http://www.kurzlink.de/bmvi-bericht-vw)

► [www.kurzlink.de/duh-vw-skandal](http://www.kurzlink.de/duh-vw-skandal)

**WASSER & MEERE**Nachhaltige Meeresumwelt

## Standards für Seetang

■ Seetang ist nicht nur Nahrung, sondern auch Lebensumwelt für eine Vielzahl maritimer Lebewesen. Zudem wird er oft in der Lebensmittel-, Kosmetik-, Pharma- oder Düngemittelindustrie verarbeitet. Auch wenn Seetang für die industrielle Verarbeitung meistens extra gezüchtet wird, wird oft auch wild wachsender Seetang verarbeitet. Die hohe Nachfrage führt dabei zur übermäßigen Ernte und dem Verlust von Ökosystemen. Der Verband „Friend of the Sea“ hat nun Standards für die Zertifizie-

rung von nachhaltiger Züchtung und Ernte von Seetang herausgegeben. Dazu zählen Vorgaben zur Wasserbeobachtung und zum Einsatz von Chemikalien, zu Energiemanagement, Kriterien zur Nachvollziehbarkeit, aber auch gesellschaftlicher Verantwortung.

Paolo Bray, Direktor und Gründer von „Friend of the Sea“ sagte: „Seetang ist ein wichtiger Bestandteil der Meere und benötigt unbedingt mehr Beachtung und Schutz. Wir sind überzeugt, dass sich eine nachhaltige Produktion positiv auf die Meeresumwelt auswirkt.“ [ab]

► [www.kurzlink.de/friendofthesea/swead](http://www.kurzlink.de/friendofthesea/swead)

## Meereswirtschaft

### Neuer OECD-Bericht

■ Der aktuelle Bericht Ocean Economy 2030 der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OECD) beschäftigt sich mit der Zukunft der Meereswirtschaft. Dabei spielen insbesondere Innovationsmöglichkeiten sowie künftige Risiken und das Potenzial der Meereswirtschaft für die Beschäftigung eine besondere Rolle.

Die traditionelle Bewirtschaftung des Meeres wird immer mehr von neuen Industrien, zum Beispiel Offshorewindparks, Öl- und Gasgewinnung oder der Tiefseeforschung verdrängt. Der Bericht beschäftigt sich mit wissenschaftlichen Fragen, notwendigen Technologien und dem Innovationspotenzial dieser neuen Trends unter einer globalen Perspektive.

Dabei gehen die Autor\*innen auch auf den möglichen Beitrag der Meereswirtschaft zu Herausforderungen wie Energiesicherheit, Umwelt, Klimawandel und Ernährungssicherheit ein. Laut dem Bericht könnte sich der Beitrag der Meereswirtschaft zur globalen Wertschöpfung bis 2030 mehr als verdoppeln und über drei Billionen US-Dollar erreichen. Der Bericht ist in der OECD-Onlinebibliothek abrufbar. [ab]

► [www.kurzlink.de/oecd/report](http://www.kurzlink.de/oecd/report)

## Mittelmeer

### Wiederherstellung der Fischbestände drängt

■ Die Fischbestände im Mittelmeerraum sind dramatisch bedroht und erholen sich trotz EU-Maßnahmen nur langsam. EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hat auf der internationalen Ausstellung Seafood Expo Global zugesagt, eine neue Strategie für das Mittelmeer auf den Weg zu bringen.

Die bedrohten Fischbestände sorgen schon seit Längerem für Diskussionen in der EU. Sie sind nicht nur ein Problem für die Meeresumwelt, sondern auch für die Fischer\*innen und damit eine besondere Herausforderung für die Juncker-Kommission, welche die Themen Jobs und Wachstum als Prioritäten ihrer Agenda sieht. Vella sagte: „Die Fakten sind klar: Die Fischbestände im Mittelmeer gehen

zurück. Manche sind kurz vor dem Aussterben. Das ist ein Umweltthema, aber auch ein soziales Problem. Denn es stellt eine klare Bedrohung für das Leben der Fischereigemeinschaften im Mittelmeerraum dar.“ Die Gründe für die geringen Bestände seien vielfältig. Verschmutzung, Klimawandel und die langjährige Überfischung tragen zu den schrumpfenden Fischbeständen bei. Allerdings stehen auch die EU-Fischfangquoten für verschiedene Meeresgebiete in der Kritik, weil sie hinter den wissenschaftlichen Empfehlungen zurückbleiben. Vella betonte weiterhin, dass die anstehenden Herausforderungen nur transnational zu bewältigen seien. Gespräche mit Partnern in Algerien, der Türkei und in Tunesien seien schon aufgenommen. Aktuelle Informationen zu der Kampagne gibt es auch unter #MedFish4ever. [ab]

► [www.kurzlink.de/pm/kommission/ueberf](http://www.kurzlink.de/pm/kommission/ueberf)

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

## UNSERE MEERE: LEBENSRAUM STATT MÜLLKIPPE!

*Konferenz am 10.06. ab 14 Uhr  
im Deutschen Bundestag*

mit Workshops zu den Themen Müll, Mikroplastik,  
Land- und Fischwirtschaft, Schiffsemissionen u. a.

Infos & Anmeldung:  
» [gruene-bundestag.de/Meereskonferenz](http://gruene-bundestag.de/Meereskonferenz)

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

Nitratrichtlinie**Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland**

■ Schon länger wurde Deutschland für die Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie (Richtlinie 91/676/EWG) kritisiert. Nun hat die Europäische Kommission Klage vor dem Gerichtshof der EU eingereicht, da Deutschland es versäumt habe, strengere Maßnahmen gegen Gewässerunreinigung zu ergreifen. Nitrat wird häufig in Düngemitteln eingesetzt und ist für das Wachstum von Pflanzen von entscheidender Bedeutung. Insbesondere in landwirtschaftlich stark bewirtschafteten Gegenden wird daher vermehrt Nitrat in Boden und Grundwasser geschwemmt.

Dies spiegelt sich auch in den zuletzt 2012 durch Deutschland übermittelten Daten zu Nitratverunreinigung im Grundwasser sowie in den Oberflächengewässern wider. Im Juli 2014 wurde den deutschen Behörden bereits eine Stellungnahme der Kommission übermittelt, nun folgt die Klage vor dem Gerichtshof der EU. Deutschland habe keine Zusatzmaßnahmen ergriffen, um die Nitratverunreinigung wirksam zu bekämpfen und einschlägige Rechtsvorschriften hinsichtlich der EU-Standards zu überarbeiten.

Auch die laufende Überarbeitung des nationalen Aktionsprogramms zur Verunreinigung von Gewässern sehe keine ausreichenden Maßnahmen vor. Dazu sagte Martin Häusling, Agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion und Mitglied im Umweltausschuss des EU-Parlaments: „Mit der Klage gegen Deutschland macht die Kommission unmissverständlich klar, dass die Bundesregierung viel zu wenig tut, um die Verunreinigung der Gewässer, zum Beispiel durch Überdüngung aus der Massentierhaltung, endlich zu stoppen. Nun drohen saftige Strafzahlungen, weil Deutschland dieses akute Umweltproblem ignoriert.“ [ab]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/16/1453)
- ▶ [www.kurzlink.de/COM/vertragsverletzt](http://www.kurzlink.de/COM/vertragsverletzt)
- ▶ [www.kurzlink.de/PM/martinhaeusling](http://www.kurzlink.de/PM/martinhaeusling)

Verschmutzung der Ostsee**Neue Regelung und Erfolge**

■ Der Ausschuss für Umweltschutz der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) hat beschlossen, dass ab 2021 keine unter der IMO registrierten Passagierschiffe ihre Abwässer wie bisher in die Ostsee entlassen dürfen. Die Ostsee wurde nun als besonderes Gebiet deklariert, dementsprechend sind neue Abfall- und Abwasserentsorgungskriterien anzuwenden. Denn die Abwässer der Schiffe enthalten Stickstoff und Phosphor, die zur Eutrophierung in der Ostsee beitragen und dementsprechend reguliert werden müssen.

Bisher hatten allerdings noch nicht alle Ostsee-Anrainerstaaten die erforderlichen Aufbereitungsanlagen in den Häfen etabliert, damit der besondere Status in Kraft treten kann. Einen Erfolg hinsichtlich der Verschmutzung der Ostsee gibt es durch den Rückgang von Öllachen. Deren Anzahl und Größe schrumpft. Dies zeigt ein neuer Bericht der Organisation HELCOM, ein Zusammenschluss der Ostseeanrainerstaaten und der EU. Laut dem aktuellen Bericht wurden 82 Mineralöllachen in der Ostsee identifiziert, wobei 98 Prozent maximal einen Kubikmeter groß waren. Die Verursacher\*innen der Verschmutzungen werden, wenn möglich, durch einen Probenabgleich ermittelt. Es seien noch weitere Langzeitbeobachtungen und Datensammlungen notwendig, um nicht identifizierbare Flüssigkeiten auf der Wasseroberfläche besser einschätzen zu können. [ab]

- ▶ [www.kurzlink.de/pm/helcom/oellachen](http://www.kurzlink.de/pm/helcom/oellachen)
- ▶ [www.kurzlink.de/pm/helcom/abwasser](http://www.kurzlink.de/pm/helcom/abwasser)

Renaturierung**Schliepenlanke wieder Fließgewässer**

■ Vor über 100 Jahren wurde in Rathenow der Havel-Altarm vom Hauptstrom abgetrennt. Mit dem Anschluss der Schliepenlanke wurde nun unter anderem eine etwa zwei Hektar große Insel geschaffen

und auf einer Fläche von 1.000 Quadratmetern Auenwald initialisiert.

Eine rund 70 Meter breite Öffnung entstand, durch die das Wasser wieder in den Altarm fließt. Die Untere Havel soll sich in den kommenden Jahren wieder zu einem lebendigen Fluss entwickeln. Der NABU setzt das Projekt gemeinsam mit dem Bundesamt für Naturschutz sowie den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt um. „Der Anschluss der Schliepenlanke wurde vollständig aus Spenden finanziert. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Zahlreiche Mitglieder, Unterstützer und auch Unternehmen haben dafür gespendet. Sie wollen, wie der NABU, dass an der Unteren Havel wieder ein Naturparadies entsteht. Hier zeigt sich, was praktischer Naturschutz leisten kann“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Von dem Renaturierungsprojekt profitiert nicht nur die Natur. Die neuen Überflutungsflächen wirken sich auch positiv auf den natürlichen Hochwasserschutz aus. [ab]

- ▶ [www.kurzlink.de/nabu220416](http://www.kurzlink.de/nabu220416)

Überfischung**Seit Mai Fisch nur noch auf Kredit**

■ In diesem Jahr markiert der 2. Mai den Fish Dependence Day, also den Tag, an dem rein rechnerisch der Verzehr von Fisch in Deutschland nur noch mithilfe von Importen möglich ist. Der Jahresfang der deutschen Flotten ist damit aufgebraucht. Verschiedene NGOs, darunter Brot für die Welt, Fair Oceans, Slow Food Deutschland und die Environmental Justice Foundation (EJF), weisen auf den kritischen Tag hin und fordern weltweit Standards für eine nachhaltige Fischerei.

In Deutschland ist der Fish Dependence Day wegen des zurückgegangenen Pro-Kopf-Verbrauchs in diesem Jahr etwas später als im Vorjahr, da war er Anfang April. Dennoch sind internationale Standards für eine nachhaltige Fischerei längst überfällig. Importierter Fisch komme laut der gemein-

samen Mitteilung der Umweltverbände zu einem erheblichen Teil aus überfischten Fanggründen und teilweise sogar aus illegaler, nicht gemeldeter und nicht regulierter Fischerei (IUU Fischerei). Steve Trent, der Geschäftsführer der EJF, sagte: „IUU-Fischerei kostet die Weltgemeinschaft jährlich zwischen 9 und 22 Milliarden Euro. In manchen Entwicklungsländern wird davon ausgegangen, dass bis zu 40 Prozent des gesamten Fischfangs illegal getätigt werden. Deutschland als einer der wichtigsten Märkte für Fischereiprodukte in der EU muss bei der Bekämpfung der IUU-Fischerei eine Vorreiterrolle übernehmen.“ [ab]

- ▶ [www.neweconomics.org/publications/by/fisheries](http://www.neweconomics.org/publications/by/fisheries)
- ▶ [www.kurzlink.de/pm/brotfuerdiewelt](http://www.kurzlink.de/pm/brotfuerdiewelt)

## WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

### TTIP-Abkommen I

## Frankreich für Gesundheits- und Umweltschutz

■ Im April haben 90.000 Menschen unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel“ gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) in Hannover demonstriert. Anlass war der Deutschlandbesuch von US-Präsident Barack Obama, der die Verhandlungen um das TTIP-Abkommen noch während seiner Amtszeit beenden wollte. Dieser Wunsch wird jedoch wahrscheinlich unerfüllt bleiben, denn die Verhandlungen gehen nur schleppend voran. So kündigte der französische Premier Manuel Valls während einer Umweltkonferenz in Paris an, das Abkommen zu blockieren, wenn es nicht Garantien in den Bereichen Gesundheit und Umwelt bieten würde. [lr]

- ▶ [www.mehr-demokratie.de/ttip-demo-hannover](http://www.mehr-demokratie.de/ttip-demo-hannover)
- ▶ Position Frankreich (franz.): [www.kurzlink.de/lemonde-ttip-fekl](http://www.kurzlink.de/lemonde-ttip-fekl)

## Bezirksgericht gegen Schiedsgericht

Das Urteil eines niederländischen Bezirksgerichts zum Fall Yukos könnte die Paralleljustiz durch Schiedsgerichte in die Schranken weisen, meint Jürgen Maier.

Investor-Staats-Klagen sind derzeit in aller Munde. Mit TTIP, CETA und anderen geplanten EU-Abkommen sollen solche Klagemöglichkeiten auf weite Teile der europäischen Wirtschaft ausgedehnt werden. Die Europäische Energiecharta aus dem Jahr 1998 ist ein Abkommen, das diese Klagen bereits ermöglicht, wenn auch nur für den Energiesektor. Auf ihrer Basis klagt Schwedens Staatskonzern gegen den deutschen Atomausstieg auf 4,6 Milliarden Euro Schadenersatz.

Eine weitaus höhere Summe steht bei der Klage verschiedener Anteilseigner des zerschlagenen russischen Ölkonzerns Yukos auf dem Spiel: Ein Energiecharta-Schiedsgericht hatte ihnen sage und schreibe 50 Milliarden Dollar Schadenersatz zugesprochen, die der russische Staat zahlen soll. Unabhängig von den inhaltlichen Aspekten dieser Klage ist dieses Urteil deswegen besonders brisant, weil Russland den Energiecharta-Vertrag nie ratifiziert, sondern lediglich bis 2009 „vorläufig angewandt“ hat. Eine Regierung kann per Kabinettsbeschluss beschließen, einen Vertrag schon einmal vorläufig anzuwenden, bis die parlamentarische Ratifizierung erfolgt ist. Da Russlands Parlament aber nicht ratifizieren wollte, wurde die vorläufige Anwendung wieder beendet.

Eine solche vorläufige Anwendung beschließt auch der EU-Rat (also die Regierungen der Mitgliedstaaten) regelmäßig bei Handels- und Investitionsschutzabkommen. Und genau so ein Beschluss ist auch bei dem umstrittenen Kanada-Freihandelsabkommen CETA im Herbst geplant. Diese Praxis stößt mittlerweile auf immer mehr Kritik: Es würden ohne Parlamentsabstimmung Fakten geschaffen, bemängeln Kritiker. In der Tat sieht der Lissaboner Vertrag zwar genaue Bestimmungen vor, wie eine vorläufige Anwendung beschlossen wird, aber keinerlei Klauseln, wie sie wieder beendet wird. Vorgesehen dafür ist offenbar nur, dass sogenannte gemischte Abkommen, denen EU-Parlament und die Parlamente aller Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, formell in Kraft treten, wenn sie das letzte Parlament eines Mitgliedsstaats ratifiziert hat. Was aber, wenn ein

Parlament nicht das macht, was eine Regierung will, und die Ratifizierung verweigert? Der Fall ist im Lissaboner Vertrag gar nicht vorgesehen, weil man von europäischen Parlamenten ein solches Verhalten offenbar nicht erwartet. Relevant wird dieser Fall jetzt durch die niederländische Volksabstimmung über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Auch dieses Abkommen befindet sich in der vorläufigen Anwendung. 27 Mitgliedstaaten haben es ratifiziert und die Niederlande können es entsprechend einer Volksabstimmung nicht mehr ratifizieren. Was nun geschieht, ist juristisch unklar. In der Realität läuft alles darauf hinaus, dass das Abkommen nun auf unbestimmte Zeit einfach weiter vorläufig angewendet wird und die Volksabstimmung ins Leere läuft.

Angesichts der Tragweite von Abkommen wie CETA oder TTIP wäre es deshalb denkbar, dass auch die EU in eine Situation gerät wie Russland: Investoren klagen auf milliardenschweren Schadenersatz auf Basis eines vorläufig angewendeten Abkommens, das lediglich von der Exekutive, aber nicht von der Legislative beschlossen wurde. Man muss nicht lange nachdenken, um hier genau die Ausbeule der Demokratie zu erkennen, die in der TTIP-Diskussion eine zentrale Rolle spielt.

Interessanterweise hat jetzt ein niederländisches Bezirksgericht das Urteil des in Den Haag ansässigen Energiecharta-Schiedsgerichts in Sachen Yukos gegen Russland aufgehoben. Es gab einer Klage Russlands statt und argumentiert, dass auf der Basis einer vorläufigen Anwendung keine Investoren-Klagen stattfinden können, das Energiecharta-Schiedsgericht sei also gar nicht zuständig. Eine Sensation – so ein Urteil gab es noch nie. Die ordentliche öffentliche Gerichtsbarkeit entmachtet ein Schiedsgericht und verweist die Paralleljustiz in ihre Schranken. Aber es bleibt spannend: Die Yukos-Anteilseigner wollen in Berufung gehen. Und zwar vor einem öffentlichen niederländischen Gericht.

**Jürgen Maier ist seit 1996 Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung. Er leitete eine Reihe handelspolitischer NGO-Projekte.**

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## W wie Wirtschaftssystem

Warum muss unsere Wirtschaft jedes Jahr weiter wachsen? Warum können unsere Schulden niemals abbezahlt werden? Warum sind Privatbanken heutzutage keine Kreditvermittler mehr und warum »schöpfen« sie mittlerweile 90 Prozent unseres Geldes? Alrun Vogt deckt auf leicht verständliche und unterhaltsame Weise die wahren Mechanismen und Hintergründe unseres Geld- und Wirtschaftssystems auf und stellt praktikable Lösungen und Beispiele vor, wie wir es umgestalten können, um Wohlstand für alle zu erzeugen.

**A. Vogt**  
**Wirtschaft anders denken**  
 Vom Freigeld bis zum Grundeinkommen  
 204 Seiten, broschiert, 16,95 Euro,  
 ISBN 978-3-86581-805-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

  
 Die guten Seiten der Zukunft

### TTIP-Abkommen II

## Positionen veröffentlicht

■ Anfang Mai hat Greenpeace Niederlande geheime Positionen von EU und USA zu den umstrittenen TTIP-Abkommen veröffentlicht und fordert den Abbruch der Verhandlungen. Aus den Dokumenten geht hervor, was schon länger vermutet wurde – es herrschen starke Unstimmigkeiten zwischen den beiden Verhandlungspartnern. Hauptstreitpunkte scheint es in den Bereichen Landwirtschaft, Automobilexporte und Weinnamen zu geben. So geht aus den Dokumenten hervor, dass die USA nur dann Automobilzölle senken werden, wenn die EU dazu bereit ist, den Agrarmarkt für US-amerikanische Produkte weiter zu öffnen.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström versuchte die Relevanz der Dokumente zu schmälern: „Es ist normal, dass beide Seiten in einer Verhandlung möglichst viele ihrer eigenen Positionen durchsetzen wollen. Das heißt nicht, dass die andere Seite solchen Forderungen nachgibt. In diesem Sinne sind einige der Schlagzeilen heute ein Sturm im Wasserglas.“ Das Abkommen zwischen EU und USA wird bereits seit 2013 verhandelt. [lr]

- ▶ [www.ttip-leaks.org](http://www.ttip-leaks.org)
- ▶ [www.kurzlink.de/ecstandardsttip](http://www.kurzlink.de/ecstandardsttip)

### Investitionsschutz

## Gefahren für Umweltschutz

■ Das im Februar in das Handelsabkommen zwischen EU und Kanada (CETA) eingefügte Investorenschutz-Kapitel ermöglicht es Konzernen weiterhin, Staaten wie nach dem alten ISDS-System zu verklagen, wenn diese Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit erlassen wollen. Das geht aus einer neuen Studie hervor, die von Friends of the Earth Europe in Zusammenarbeit mit Transnational Institute, Corporate Europe Observatory, dem Forum Umwelt und Entwicklung und dem Canadian Centre for Policy Alternatives erarbeitet wurde. Demnach hätte das neue System (Investment Court System – ICS) genauso negative

Auswirkungen auf den Umwelt- und Verbraucherschutz wie das alte ISDS-System. Die Forscher\*innen weisen anhand der fünf bekanntesten Investorenklagen gegen Staaten nach, dass all diese Fälle auch mit dem neuen ICS-System möglich wären. Dadurch würden Staaten daran gehindert, strengere Regulierungen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit durchzusetzen. So verklagte Vattenfall 2009 Hamburg auf 1,4 Milliarden Euro, weil die Stadt den Betrieb eines Kohlekraftwerks an wasserschutzrechtliche Auflagen geknüpft hatte. Das Streitverfahren wurde beigelegt und Hamburg musste seine Umweltauflagen aufweichen.

Beim ICS handelt es sich nach wie vor um ein paralleles Gerichtssystem, das nationale Gerichte umgeht. Konzernen werden dadurch Sonderregeln eingeräumt. Sie können Staaten auf den entgangenen Betrag von „legitimen Erwartungen“ für Gewinne verklagen. Was legitim ist, würde von Fall zu Fall entschieden. [Quelle: UDW, bv]

- ▶ [www.foeeurope.org/new-EU-investment-proposal-won%E2%80%99t-prevent-corporate-attacks](http://www.foeeurope.org/new-EU-investment-proposal-won%E2%80%99t-prevent-corporate-attacks)

### Materialeffizienz

## Politikoptionen erforscht

■ Das Ecologic Institut hat eine Studie zur materiellen Ressourceneffizienz veröffentlicht, in der es Lösungen für die erwartete ökonomische und geopolitische Knappheit verschiedener Materialien und deren Umweltauswirkungen in der Produktion vorstellt. So entwickelte Ecologic einen Politikmix, der darauf abzielt, die Inanspruchnahme von Primärmetallen in der EU bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gegenüber 2010 zu mindern, ohne die Belastung auf andere Länder oder in die Nutzung anderer Materialien zu verschieben.

Zu den vorgeschlagenen Instrumenten gehören Material- und Umweltbesteuerung oder erweiterte Produzentenverantwortung, die allesamt auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz, des Recyclings und der Substitution von Materialien abzielen. [lr]

- ▶ [www.ecologic.eu/de/13655](http://www.ecologic.eu/de/13655)

## DNR INTERN

## Verbandeworkshop

## Strategiedebatte zum Thema Effort-Sharing

■ Vor der parlamentarischen Sommerpause will die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine neue Lastenteilung des 2030-Klimaziels in Sektoren außerhalb des Emissionshandels (ETS) präsentieren. Dabei wird unter anderem auch die Einbeziehung des Landnutzungssektors (LULUCF) debattiert. Beim Effort-Sharing geht es um 60 Prozent der EU-Treibhausgasemissionen und damit um die Integrität des Klimaziels. Gemeinsam mit der DUH veranstaltet der DNR am 31. Mai (nach Redaktionsschluss) dazu einen Verbandeworkshop, der einen Überblick über die politische Debatte gibt und die Positionierung des Dachverbands voranbringen soll. Nils Meyer-Ohlendorf von Ecologic wird seine Vorschläge für die Ausgestaltung des Effort-Sharings nach 2020 mit uns diskutieren. Außerdem ist Anja Kollmus von CAN-Europe angefragt für einen Input zu den Zusammenhängen und strittigen Punkten des ETS und des Effort-Sharings. Jasper Braam vom Bundesumweltministerium (BMUB) wird ein Update zu den Dossiers aus der Diskussion im BMUB geben. [red]

- ▶ DNR, Antje Mensen, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, E-Mail: antje.mensen@dnr.de, www.dnr.de

## AUS DEN VERBÄNDEN

## Portraitserie

## Mitglieder des DNR

■ Die über 90 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

### Wilhelm-Münker-Stiftung

Wilhelm Münker, der Gründer und Namensgeber der Stiftung, lebte von 1874 bis 1970. Er hat der Stiftung die Aufgabe gegeben, den Schutz der natürlichen Umwelt, die Erhaltung der Gesundheit durch eine naturgemäße Lebensweise sowie die Erneuerung der Wanderfreudigkeit zu fördern. Darüber hinaus soll sie Wege aufzeigen und Maßnahmen ergreifen, die der Lösung dieser für die Zukunft wichtigen Fragen dienen. Die Stiftung fördert beispielsweise den Laub- und Mischwald im Sinne einer nachhaltigen naturnahen Waldwirtschaft. Außerdem arbeitet sie seit 25 Jahren erfolgreich für die Erhaltung des Naturparks Rothaargebirge und gegen die Zerstörung durch den Autobahnbau. Durch ihre Bücher, Merkblätter und ihre Hefreihe klärt die Stiftung über Fragen der Gesundheit, des Waldes sowie des Heimat- und Naturschutzes auf. [pw]

- ▶ Wilhelm-Münker-Stiftung, Siegen, E-Mail: wms@wmstiftung.de, www.wmstiftung.de

### Zoologische Gesellschaft Frankfurt

Die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF) wurde 1858 gegründet. Sie engagiert sich international im Naturschutz. Ende der 1950er-Jahre begann der ehemalige Präsident Bernhard Grzimek mit den ersten Tierzählungen im Serengeti-Nationalpark und setzte sich für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und den Schutz der Wildnisgebiete ein. Die Serengeti in Tansania ist seit Grzimeks Tagen ein wichtiges Projektgebiet der ZGF. Der Nord-Luangwa-Nationalpark in Sambia (seit 1986) ist ein weiterer Schwerpunkt. Heute werden 30 Projekte und Programme in 18 Ländern weltweit betreut. Die Hauptaktivitäten des rund 4.000 Mitglieder zählenden Vereins liegen in der praktischen Arbeit vor Ort, beispielsweise in der Ausweisung neuer Schutzgebiete oder der Ansiedelung bedrohter Tierarten. Außerdem berät die Gesellschaft Regierungen und entwickelt Schutzkonzepte. [pw]

- ▶ Zoologische Gesellschaft Frankfurt, Präsident Klaus Becker, Tel. +49 (0)69 / 943446-0, E-Mail: info@zgf.de, www.zgf.de

### Weißbuch Stadtgrün

## Rat aus Umweltsicht

■ Gemeinsam mit dem Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), dem Bund Deutscher Landschafts-Architekten (BDLA), dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hat der DNR im April eine Stellungnahme zum Weißbuch Stadtgrün vorgelegt.

„Das Bundesumweltministerium (BMUB) hat mit dem Grünbuch Stadtgrün einen wichtigen Schritt getan, die mit dem sich nun anschließenden Weißbuchprozess angegangen werden können“, heißt es in der Einleitung. Um in den Kommunen wesentliche Fortschritte erzielen zu können und auch die Ideen und Konzepte der Nationalen Biodiversitätsstrategie und der Naturschutzoffensive umzusetzen, empfehlen die Organisationen, folgende Punkte im geplanten Weißbuch Stadtgrün zu berücksichtigen.

- ▶ Schaffung und Erhalt der Grünen Infrastruktur
- ▶ Stärkung des Naturschutzes
- ▶ Innenentwicklung mit sparsamer Flächennutzung
- ▶ Stärkung der zuständigen Fachämter in den Kommunen
- ▶ Soziale Aspekte, Umweltbildung und Sport
- ▶ Straßenbäume und Spontanvegetation
- ▶ Ökologische Aspekte in Förderprogrammen verankern
- ▶ Vorbildfunktion des Bundes [red]
- ▶ [www.dnr.de/downloads/stellungnahme-naturschutzverbaende\\_weissbuch-s.pdf](http://www.dnr.de/downloads/stellungnahme-naturschutzverbaende_weissbuch-s.pdf)

## Auszeichnung

## Modellregion Bodensee

■ Der Bodensee hat die Auszeichnung „Lebendiger See des Jahres 2016“ als nachhaltige und vorbildhafte Modellregion erhalten, die durch viele Initiativen für umweltverträglichen Tourismus, ökologische

Landwirtschaft und Bioenergie geprägt wird. Verliehen wurde sie im April durch das Netzwerk Lebendige Seen Deutschland, in welchem der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) Mitglied ist.

Beim Festakt in Friedrichshafen diskutierten die Teilnehmer\*innen über Erfolge und aktuelle Herausforderungen rund um den Bodensee. „Die Bodenseeregion hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Modellregion für nachhaltiges Wirtschaften entwickelt“, sagte Marion Hammerl, die Präsidentin des Global Nature Fund. „Im Bodensee werden denkmalgerechte Tauchgänge vom VDST angeboten, um auf den Schutz der versunkenen Kulturgüter aufmerksam zu machen“, sagte Ralph Schill, Umweltreferent im VDST.

Heute gehören klares Wasser und eine große Artenvielfalt zum Bodensee dazu. Der See versorgt rund 4,5 Millionen Menschen mit Trinkwasser, lockt mit seinen Natur- und Kulturschätzen jährlich viele Millionen Touristen und entwickelt sich konsequent zu einer nachhaltigen Modellregion auch dank der wachsenden Anzahl an Initiativen für umweltverträglichen Tourismus, ökologische Landwirtschaft und Bioenergie.

Bis in die 1980er-Jahre war der See durch die dauerhafte Nährstoffanreicherung als „stark verschmutztes“ Gewässer klassifiziert, mit stinkenden Algenrasen im Sommer. Mehr als 3,5 Milliarden Euro wurden in den Bau von Kläranlagen investiert und eine konsequente und erfolgreiche internationale Politik zur Verbesserung der Wasserqualität umgesetzt.

Das „Schwäbische Meer“ steht heute vor Herausforderungen. Grenzüberschreitende Raumplanung und Reduzierung der Flächeninanspruchnahme in der dicht besiedelten Region, Naturschutz und umweltfreundliche Mobilität, erhebliche Belastungen des Sees durch den Tourismus: Dafür müssen Lösungen gefunden werden. Auch die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind am und im Bodensee spürbar und werden zukünftig nicht ohne Auswirkung auf die Wasserqualität und die vielseitige Nutzung bleiben. [mbu]

- ▶ [www.globalnature.org/LebendigerSee2016](http://www.globalnature.org/LebendigerSee2016)
- ▶ [www.vdst.de](http://www.vdst.de)

## Landschaftspflege

### **Jahrestagung in Dresden**

■ Wie kann lebendige Vielfalt in der Kulturlandschaft gelingen? Darum geht es auf dem Deutschen Landschaftspflegetag in Dresden vom 29. Juni bis 1. Juli. Veranstalter sind der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) und das Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt (IBV) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Auf dem Kongress der Landschaftspflegeorganisationen diskutieren Landwirte, Naturschützer und Politiker etwa über das Potenzial der Zusammenarbeit im ländlichen Raum oder über Möglichkeiten zur Erhaltung der Biodiversität. In fünf Fachforen geht es um Fragen wie: Kann die Mutterkuhhaltung das Grünland retten? Wie kommen gebietseigene Pflanzen in die Natur? Wie entsteht ein Biotopverbund für die Haselmaus? Wie gelingt Greening-Beratung und wie lassen sich alte Sorten erhalten?

Einblick in gelungene Projekte erhalten die Teilnehmer\*innen auf drei Exkursionen rund um Dresden. Am Burgberg Meißen bewirtschaften Schulklassen einen Terrassenweinberg. Wer sich für die Saatguterzeugung von nahezu 100 alten Wildpflanzensorten interessiert, kann die Kornkammer Sachsen besuchen. Wie seltene Tier- und Pflanzenarten erhalten bleiben, zeigt das Naturschutzprojekt „Bergwiesen im Osterzgebirge“. Interessierte können sich bis zum 20. Juni online anmelden. [mbu]

- ▶ [www.landschaftspflegeverband.de](http://www.landschaftspflegeverband.de)

## EHRENAMT

### Jugendkongress

### **Demokratie gestalten – Toleranz leben**

■ Zum 16. Mal hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) Ende Mai in

Berlin den BfDT-Jugendkongress durchgeführt. Unter dem Motto „Demokratie gestalten – Toleranz leben“ beschäftigten sich rund 450 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren aus ganz Deutschland mit zivilgesellschaftlichem Engagement und der Partizipation von Jugendlichen.

Mehr als jeder dritte Jugendliche in Deutschland ist ehrenamtlich engagiert und setzt sich kreativ für eine lebendige Demokratie ein. Die Teilnehmer\*innen des Jugendkongresses organisieren in ihren Schulen oder Betrieben Aktionen für mehr Mitbestimmung, übernehmen Verantwortung in Kirchengemeinden, der Jugendfeuerwehr oder dem THW. Sie machen sich in Projekten und Initiativen gegen Extremismus und Diskriminierung und für Demokratie und Toleranz stark.

In den vergangenen Monaten hat sich eine überwältigende Hilfsbereitschaft für Menschen auf der Flucht gezeigt. Auch viele Jugendliche engagieren sich hier und tragen zu einer lebendigen Willkommenskultur bei. Einige der Angebote des Kongresses befassen sich ganz konkret mit Herausforderungen in der Arbeit mit Geflüchteten. Zudem können die Teilnehmer\*innen in über 70 Workshops und Außenforen vielfältige Möglichkeiten kennenlernen, das eigene Engagement auszubauen, eigene Projekte noch professioneller umzusetzen und sich mit anderen Engagierten aus dem ganzen Bundesgebiet zu vernetzen. [mbu]

- ▶ [www.jugendkongress-berlin.de](http://www.jugendkongress-berlin.de)

## PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

### Schulwandern

### **Dritter Wettbewerb**

■ Unter dem Motto „Raus aus der Schule und Vielfalt entdecken!“ findet dieses Jahr zum dritten Mal der Schulwander-Wettbewerb des Deutschen Wanderverbandes (DWV) statt. Ziel ist die Förderung von Wandertagen für Kinder und Jugendliche in der Natur, um ihr Bewusstsein für

biologische Vielfalt zu stärken. Bis 31. Juli können Schulklassen und Schülergruppen ihre Wanderung im Internet dokumentieren. Jede angemeldete Gruppe erhält ein altersgemäßes Ideenset zur Vorbereitung der Wanderung. Zu gewinnen gibt es dieses Jahr unter anderem eine Klassenfahrt, GPS-Geräte und Preise vom KOSMOS Verlag. Partner des Wettbewerbs sind das Deutsche Jugendherbergswerk, die AOK-Gesundheitskasse und KOSMOS. Der Wettbewerb ist Teil des Projekts „Schulwandern – Draußen erleben. Vielfalt entdecken. Menschen bewegen“ des DWV und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und wird vom Bundesamt für Naturschutz gefördert. [akm]

► [www.schulwandern.de](http://www.schulwandern.de)

B.A.U.M.-Umweltpreis

## Schnippeldisko-Initiatorin wird ausgezeichnet

■ Ursula Hudson, die Vorstandsvorsitzende von Slow Food Deutschland wurde in diesem Jahr mit dem B.A.U.M.-Umweltpreis in der Kategorie „Verbände“ ausgezeichnet. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks übergibt den Preis

am 6. Juni in Berlin. „Ernährung steht im Zentrum des menschlichen Handelns und hat große und langfristige Auswirkungen auf unsere ökologische Umwelt. Essen ist von daher hochpolitisch“ sagte Hudson. Der Verband Slow Food Deutschland setzt sich mit zahlreichen Projekten und Aktionen dafür ein, dass alle Menschen weltweit Zugang zu Nahrung haben. Dies erhalte sowohl das Wohlergehen der Bevölkerung als auch die Umwelt. 2011 hat Ursula Hudson das Konzept der „Schnippeldiskos“ ins Rollen gebracht. [pw]

► [www.baumev.de/Preistraeger](http://www.baumev.de/Preistraeger)

Deutscher Klimapreis

## Fünf Schulen sind Sieger

■ Am 7. Juni wird der Deutsche Klimapreis der Allianz Umweltstiftung in Berlin verliehen. Aus 150 Bewerbungen wurden fünf Gewinnerschulen ausgewählt: in Emdingen (Baden-Württemberg), München und Mindelheim (Bayern) sowie Coesfeld und Gladbeck (beide Nordrhein-Westfalen). Jede Schule erhält ein Preisgeld von jeweils 10.000 Euro. Es wurden Energiesparmaßnahmen an Schulgebäuden, Seminararbeiten und Aktionswochen zum Klimaschutz eingereicht, ebenso Broschüren, Ratespiele

oder Comicbücher über den Klimawandel. Stellvertretend für Barbara Hendricks wird Rita Schwarzelühr-Sutter, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, den fünf Siegerteams ihre Auszeichnungen überreichen. [pw]

► <https://umweltstiftung.allianz.de/aktuelles/news/2016/kp16-gewinner>

Deutscher Waldpädagogikpreis 2016

## Thema war Inklusion

■ Die Biologische Station Oberberg (BSO) hat den diesjährigen Deutschen Waldpädagogikpreis und damit ein Preisgeld von 5.000 Euro gewonnen. Wie jedes Jahr wurde die Auszeichnung von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und den Stiftern des Preises Evonik Industries AG vergeben. Das Schwerpunktthema „Inklusion“ wurde der Jury zufolge am besten von der BSO gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, den Behinderten Werkstätten Oberberg (BWO) umgesetzt. Der innovative Ansatz, dass Menschen mit Behinderung in diesem Projekt aktiv mitarbeiten, hebt den Preisträger aus den anderen Bewerbern hervor. [pw]

► [www.sdw.de/cms](http://www.sdw.de/cms)

# Nachhaltigkeit

## A-Z




## G wie Gerechtigkeit

Wenn wir heute im Supermarkt Kaffee oder Bananen einkaufen, möchten wir nicht nur beste Qualität bekommen, sondern auch zum Wohl von Erzeugern und Umwelt beitragen. Kommerzielle Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards geben an, dies zu garantieren. Doch wer legt diese fest und wer kontrolliert sie? Und was ist mit Kleinerzeugern überall auf der Welt, denen es schwer fällt, den gesetzten Auflagen nachzukommen? Private Standards müssen in einen staatlichen Rahmen gesetzt werden, um gerechte internationale Agrarbeziehungen zu etablieren.

**R. Buntzel, F. Mari; Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (Hrsg.)**  
**Gutes Essen – arme Erzeuger**  
 Wie die Agrarwirtschaft mit Standards die Nahrungsmärkte beherrscht  
 380 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-797-6  
 Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

## TERMINE

## JUNI

05.06., Berlin (D)  
**Umweltfestival am  
 Brandenburger Tor.**  
 Festival

► Grüne Liga, Tel.

+49 (0)30 / 4433910, E-Mail: umweltfestival@grueneliga.de,  
 www.grueneliga-berlin.de

07.06., (D)

**Abschlussstagung der Plattform Forschungswende.**  
 Tagung

► Vereinigung deutscher Wissenschaftler, Steffi Ober, Tel. +49 (0)172 / 5254198, E-Mail: steffi.ober@forschungswende.de,  
 www.forschungswende.de

07.–08.06., Berlin (D)

**Woche der Umwelt 2016.** Fachmesse

► Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Anne-liese Grabara, Tel. +49 (0)541 / 9633521, E-Mail: presse@dbu.de, www.woche-der-umwelt.de

08.06., Berlin (D)

**World Oceans Day 2016.** Tagung

► Fair Oceans, Forum Umwelt und Entwicklung, Brot für die Welt, Christiane Föllinger, Tel. +049 (0)1520 / 1928866, E-Mail: christiane.foellinger@fair-oceans.info,  
 www.fair-oceans.info

10.–12.06., Prag (CZE)

**bdla-Planerforum.** Forum

► Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Tel. +49 (0)30 / 2787150, E-Mail: info@bdla.de,  
 www.bdla.de

10.–12.06., Lübstorf (D)

**Raus! – Multiplikator\_innen-Fortbildung  
 „Erlebnispädagogik und sozial-ökologischer  
 Wandel“.** Workshop

► Konzeptwerk Neue Ökonomie, N. Kaufmann, E-Mail: n.kaufmann@knoe.org, Tel. +49 (0)341 / 39281686,  
 www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

18.06., Köln (D)

**RADKOMM.** Konferenz

► Kölner Forum Radverkehr, E-Mail: kontakt@radkomm.de, www.radkomm.koeln

21.06., Hamburg (D)

**B.A.U.M.-Praxis-Seminar: Mitarbeiterpotenziale  
 für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in  
 Unternehmen.** Seminar

► Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.), E-Mail: info@baumev.de, www.baumev.de

22.06., Bad Boll (D)

**B.A.U.M.-Praxis-Seminar: Klimabilanzierung: Auf  
 dem Weg zum klimaneutralen Unternehmen.**  
 Seminar

► Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.), E-Mail: info@baumev.de, www.baumev.de

22.–25.06., Balchik (Bgr)

**Central and Eastern European Energie Efficiency  
 Forum.** Konferenz

► The European Climate Foundation, Change for Buildings, Bulgarian Green Building Council, Renee Bruel, E-Mail: renee.brueel@c4eforum.net,  
 www.c4eforum.net

29.–30.06., Dortmund (D)

**Forum Bodenschutz.** Tagung

► Umweltakademie Fresenius, www.umweltakademie-fresenius.de

29.06., Berlin (D)

**Eröffnung des KNE.** Empfang

► Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende, E-Mail: info@naturschutz-energiewende.de,  
 website.naturschutz-und-energiewende.de

29.06.–01.07., Dresden (D)

**Vielfalt in der Kulturlandschaft.** Tagung

► Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt (IBV), Andrea Matt, Tel. +49 (0)981 / 46533551, E-Mail: a.matt@lpv.de,  
 www.landschaftspflegeverband.de

30.06., Mannheim (D)

**B.A.U.M.-Praxis-Seminar: Mitarbeiterpotenziale  
 für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in  
 Unternehmen.** Seminar

► Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.), E-Mail: info@baumev.de, www.baumev.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

## Impressum

umwelt aktuell Juni 2016  
 ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (gesamtvantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggl [es], Anne Balzer [ab]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Alexandra Müller [akm], Pauline Weckwerth [pw], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), **Grafik/DTP:** Marion Busch, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset White, von Arjowiggins/Igegroup, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## Bildungsarbeit mit Flüchtlingen

# Wie kann Umweltbildung mit Geflüchteten gelingen?

Viele Akteure der Umweltbildung arbeiten seit 2015 verstärkt mit Geflüchteten. Das Werkstatt-Treffen 2016 der ANU Bayern zum Thema „Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit geflüchteten Menschen“ zeigte neue geistige und praktische Wege interkultureller Nachhaltigkeitsbildung. Zudem war es ein gefragtes Forum kollegialen Austauschs über Fachgrenzen hinweg.

□ Was brauchen Akteure der Umweltbildung für ihre Arbeit mit Geflüchteten? Wo liegen ihre Stärken und was ist das Spezifische ihrer Bildungsarbeit? Das sind Fragen, die an die Aktiven derzeit gestellt werden und die auch Thema auf einer Tagung der ANU Bayern waren.

## Die Zukunft ist nicht linear

„Zukunftsfähigkeit ist die neue Muse“, davon ist Dr. Hildegard Kurt überzeugt. Die Kulturwissenschaftlerin inspirierte die Teilnehmer\*innen des Werkstatt-Treffens der ANU Bayern am 26.04.2016, das unter dem Motto „ZusammenWachsen – Umweltbildung und BNE mit geflüchteten Menschen“ stand. Kurts Gedankenexperiment geht davon aus, das Nichtplanbare zu bejahen: „Gewöhnlich sind wir sehr mit unserem Rucksack an Erfahrungen beschäftigt“, sagte Dr. Kurt, „daher ist die Zukunft oft nur ein Extrapolieren des Bisherigen. Doch wer sich von der Zukunft her berühren lässt, kann etwas auslösen, das eine andere, nicht lineare Zukunft ermöglicht.“ Nachhaltigkeit heiße auch: offen sein für neue Begegnungen und dafür, neue Wurzeln zu bilden. Mit diesen Gedanken lädt die Künstlerin zur Perspektivenerweiterung für die Umweltbildung ein. Denn die Frage, wie wir mit Neuem umgehen, beschäftigt die deutsche Gesellschaft gerade intensiv.

## Gute Beispiele sichtbar machen

Offenheit für Neues legten auch die Mitglieder der ANU Bayern an den Tag, als sie 2015 die Arbeit mit Menschen auf der Flucht zu einem der Schwerpunktthemen des Verbands wählten. Daraus entstand das Projekt „Willkommen in Bayern – Umweltbildung mit geflüchteten Menschen“, das die Deutsche Bundesstiftung Umwelt von November

### BILDUNGSARBEIT MIT FLÜCHTLINGEN

2015 bis Mai 2016 förderte. Es zielt darauf ab, die Potenziale der BNE bei der Integration von Asylsuchenden sichtbar zu machen. Dazu gehört zum Beispiel der Kompetenzansatz, der Partizipation und damit gesellschaftliche Teilhabe in den Vordergrund stellt. Deutlich wird das beispielsweise am Erfolg von Multiplikator\*innentrainings, bei denen Geflüchtete lernen, wie sie verschiedene Zielgruppen zu einem nachhaltigeren Lebensstil motivieren. Die ANU vernetzt die Akteure, stellt unterschiedlichste Projekte vor, regt zu neuen Fragestellungen für gelingende Bildungsarbeit an und ermutigt zum Engagement. Als Plattform dafür wirkt die Website [www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de](http://www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de), die neben guten Beispielen auch nützliche Publikationen, Links und Termine bereithält.

## Methodische Vielfalt und Partizipation

Durch die Begegnungen zwischen Einheimischen und neu ankommenden Menschen sammeln beide Seiten interkulturelle Erfahrungen. Welche Rolle spielen Autoritätspersonen oder Dienstabzeichen (zum Beispiel von Polizisten, Förstern etc.) hier und in den Herkunftsländern? Wann gilt ein Verhalten als Gastfreundschaft? Wo gibt es gefährliche Tiere und Pflanzen?

Das Bedürfnis nach Austausch und Fortbildung in Bezug auf kulturspezifische Hintergründe der Ankommenden wächst. Darum verstärkt die Umweltbildung Kooperationen vor allem mit Wohlfahrtsverbänden und Partnern der Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit. Dabei lernen beide Seiten voneinander.

Wem in der neuen Heimat zunächst alles fremd erscheint, der hat ganz eigene

Bedürfnisse an Bildungsarbeit. Diese ist deshalb momentan stark am Ankommen der Geflüchteten orientiert und vermittelt erste Sprachkenntnisse, ein sinnliches Erleben der neuen Umgebung beispielsweise durch Waldausflüge und neue Kontakte zu Einheimischen oder beim gemeinschaftlichen Gärtnern und Kochen. Weil oft die gemeinsame Sprache fehlt, bewährt sich die Ausbildung von MultiplikatorInnen zu Themen wie Energiesparen oder Ressourcenschonung, die im Sinne des Partizipationsansatzes das Programm mitbestimmen und das Erlernte an ihre MitbewohnerInnen weitergeben. All diese neuen Rahmenbedingungen sorgen in der Umweltbildung für eine verstärkte Flexibilität und Reflexion der eigenen Arbeit. Austausch auf Augenhöhe und Partizipation der Geflüchteten sind ein wesentlicher Baustein der Integration. Dazu kann Bildung für nachhaltige Entwicklung beitragen und befähigen. Sogar beim Philosophieren und beim Thematisieren von Werten braucht man nicht vor Kultur- oder Sprachbarrieren zurückschrecken, denn es lässt sich dabei sehr gut mit Bildern arbeiten. Das zeigte einer der Workshops beim Werkstatt-Treffen der ANU Bayern, dessen zentrale Erkenntnis lautet: Philosophieren bedeutet: Was denkst du darüber? Lass uns darüber austauschen.

- ▷ [www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de](http://www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de)
- ▷ [www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de) (Dokumentation des Werkstatt-Treffens)
- ▷ [www.hildegard-kurt.de](http://www.hildegard-kurt.de)

Tina Teucher, ANU Bayern e.V., Projektkoordination „Willkommen in Bayern“, [tina.teucher@anu.de](mailto:tina.teucher@anu.de),

Marion Loewenfeld, Vorsitzende der ANU Bayern e.V., [bayern@anu.de](mailto:bayern@anu.de), Tel. +49(0) 89 / 51996457, [www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de)

## BLICKPUNKT

### Gemeinsam Zukunft gestalten!

**Ein Projekt von Ökoprosjekt MobilSpiel e.V. mit geflüchteten und einheimischen Jugendlichen weist Wege für junge Menschen, sich neu in unserer Gesellschaft zu verorten. Daran zeigt sich, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen kann.**

Es ist ein Gruppennachmittag mit schönem Wetter, langsam trudeln Jugendliche, Schüle\*rinnen von zwei Gymnasien im Kreativquartier in München ein. Hier treffen sie sich mit jungen Geflüchteten. Einmal in der Woche verbringen sie einen Nachmittag mit gemeinsamen Aktivitäten. Zwei Umweltpädagogen von Ökoprosjekt MobilSpiel e.V. begleiten sie dabei. Zum Projektstart im März hatten die Jugendlichen gemeinsam beschlossen, sich eine kleine Brachfläche nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Grün soll sie werden, mit Bepflanzungen und natürlich Sitzgelegenheiten. Die letzten Male bauten sie bereits ein Hochbeet, das sie mit Erde befüllt und bepflanzt haben. Zuvor hatten sie sich mit ihrer Projektleitung beraten, was sie anpflanzen wollen. Die Wahl fiel auf Bohnen, die allen Jugendlichen bekannt sind und aus denen sie nach der Ernte gemeinsam Gerichte zubereiten wollen. Heute gestalten die Jugendlichen in kreativer Eigenaktivität Holzbänke und Tische aus Europaletten und alten Gartenmöbeln, die sie für ihre weiteren Begegnungsnachmittage nutzen können.

„Gemeinsam Zukunft gestalten! ist ein partizipatives Projekt der Bildung für nachhaltige Entwicklung, das sich an geflüchtete und einheimische Jugendliche ab 15 Jahren richtet. Es hat zum Ziel, dass die Jugendlichen zu einer Gruppe zusammenwachsen und sich mit Nachhaltigkeitsthemen wie Ernährung, Kleidung, Mobilität und Konsum auseinandersetzen“, erklärt Steffi Kreuzinger, Projektleiterin und Pädagogische Leitung der Umweltstation Ökoprosjekt MobilSpiel e.V. „Die Jugendlichen beschäftigen sich alltagsnah mit Umwelt- und Ressourcenschutz und werden selbst aktiv, zum Beispiel beim Upcycling von Kleidung, in Fahrradwerkstätten oder bei der Selbstversorgung durch Hochbeete. Die Ideen für ihre Umweltprojekte werden mit den Jugendlichen gemeinsam vor Ort entwickelt und sie entscheiden, was sie machen möchten. Auch gemeinsame Ausflüge gab es schon.“ Kreuzinger berichtet, dass die Freude der Jugendlichen beim gemeinsamen und selbstständigen Bauen und Kreativsein als Erfolgsfaktor für das Gelingen des Projekts wirkt. Sprachschwierigkeiten bestehen kaum. Die Jugendlichen tauschen sich über Themen aus, die sie beschäftigen. Dazu gehören auch Erlebnisse und Erfahrungen von Flucht. Dadurch, dass sie sich mit ihren Interessen stark in das Projekt einbringen können, werden sie zusätzlich motiviert, dauerhaft an den Gruppennachmittagen teilzunehmen. Kreuzinger resümiert: „Durch die Begegnung lernen die Jugendlichen den Lebensalltag der jeweils anderen kennen. Das stärkt ihre Empathie, Weltoffenheit und Toleranz.“

Das Projekt ist eingebettet in eine lokale Bildungslandschaft: Die Umweltstation ist mit vielen weiteren Bildungsträgern gut vernetzt. Partner des kontinuierlichen Projekts sind: Einrichtungen im Kreativquartier München, Institut für angewandte Kulturelle Bildung, SchlaU-Schule, eine Mittelschule und zwei Gymnasien, die Projektergebnisse im Unterricht aufgreifen. Gefördert wird das Projekt durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt.

Laut der Broschüre „Thema kompakt – Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ der Diakonie Deutschland vom April 2016 gibt es derzeit ca. 60 Millionen Flüchtlinge

weltweit. Davon sind laut UN-Flüchtlingshilfe schätzungsweise die Hälfte Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Etwa 20.000 von ihnen kamen 2015 neu in Deutschland an. Insgesamt erhalten derzeit ca. 65.000 unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche sowie volljährig gewordene Heranwachsende Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Das Projekt von Ökoprosjekt MobilSpiel e.V. ist eines von 30 Umweltbildungsprojekten mit Geflüchteten, die seit November 2015 mit ihren Aktionen über die Webseite [www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de](http://www.umweltbildung-mit-fluechtlingen.de) an die Öffentlichkeit gegangen sind. Die Plattform zeigt, welchen Beitrag Bildung für nachhaltige Entwicklung zur gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten leisten kann.

In Kooperation mit Jugendämtern, Wohlfahrtsverbänden, (Berufs-)Schulen und weiteren Betreuungsstellen bieten etliche Akteure vom Nationalpark bis zum selbstständigen Umweltbildner jeweils mehrtägige oder kontinuierliche Bildungsprogramme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an. Diese beinhalten in der Regel ein Kennenlernen der neuen Umgebung, Themen der Nachhaltigkeit, aktive Gestaltungsmöglichkeiten und Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Spracherwerb ist dabei ein Instrument zur besseren Verständigung. Wichtig sind Kontakte zu gleichaltrigen einheimischen Jugendlichen als Bestandteil der Projekte. Sie sind personalintensiv und müssen wegen vieler Kooperationen gut vorbereitet werden. Gleichzeitig eröffnen sie eine große Chance für ein neues Miteinander, wenn sie den Jugendlichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Mit Bezug auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen kann Integration als die messbare gesellschaftliche Teilhabe für alle an den ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft definiert werden. Projekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit einheimischen und zugewanderten Jugendlichen können dazu beitragen, Verunsicherung und Konkurrenz um gesellschaftliche Ressourcen abzubauen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken. Sie bieten die Chance, in der Begegnung von Menschen Migrations- und Fluchterfahrungen als Bildungsprozesse zu verstehen und zur Selbstwirksamkeit und Identitätsfindung aller beteiligten Jugendlichen beizutragen.

Marion Loewenfeld, ANU Bayern e.V., [bayern@anu.de](mailto:bayern@anu.de)

► Infos zu Ökoprosjekt MobilSpiel e.V. bei Ludgera Ewers und Steffi Kreuzinger, [www.oekoprojekt-mobilspiel.de](http://www.oekoprojekt-mobilspiel.de)

## ZUM THEMA

## DBU-Förderung

**Flüchtlingsintegration in Ostdeutschland**

□ Wie viele andere Stiftungen in Deutschland leistet auch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt ihren Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. Durch das Kuratorium der DBU wurden seit 2015 insgesamt 2,5 Millionen Euro Fördermittel für umweltrelevante Projekte im Bereich der Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt. Hiervon konnten bisher rund 30 Vorhaben unterstützt werden. Die jetzt noch verfügbaren Fördermittel in Höhe von ca. 500.000 Euro sollen für die Realisierung von Integrationsprojekten in Ostdeutschland eingesetzt werden. Aus diesem Grund legt die DBU eine aktuelle Ausschreibung zur Unterstützung von Vorhaben in den neuen Bundesländern vor.

Die Deutsche Bundesstiftung (DBU) unterstützt seit Herbst 2015 in Deutschland umweltschutzrelevante Projekte zur Integration von Flüchtlingen. Nach Auswertung von rund 30 DBU-Projekten der Flüchtlingsunterstützung möchte die Stiftung in den kommenden Monaten einen besonderen Schwerpunkt in Ostdeutschland legen und dazu beitragen, dort neue Vorhaben zu starten. Die Projekte sollen auf Zielsetzungen des Natur- und Umweltschutzes ausgerichtet sein, ihren Schwerpunkt entsprechend im Bereich von Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung haben und der Integration von Flüchtlingen dienen.

Anträge können ab sofort über das Online-Verfahren der DBU unter dem Stichwort „Flüchtlingsunterstützung Ostdeutschland“ eingereicht werden. Die Höchstförderung für ein Einzelprojekt beträgt 75.000 Euro, erwartet wird ein Eigenanteil von 25 Prozent. Die maximale Laufzeit der Einzelprojekte beträgt 15 Monate. Innerhalb von vier Wochen nach Projektabschluss ist ein kurzer Abschlussbericht (ca. fünf Seiten) vorzulegen. Das Programm endet mit Ausschöpfung der verfügbaren Fördermittel (500.000 €). Die DBU hat ein Interesse daran, dass sich die Projekte geo-

grafisch angemessen verteilen und sich das Spektrum der Projektaktivitäten inhaltlich und methodisch breit darstellt; dies fließt in die Entscheidungsfindung ein.

Bei der Antragstellung sind u. a. folgende Kriterien zu berücksichtigen: Erläuterung des zugrunde gelegten Bildungsansatzes, Verknüpfung von Projektaktivitäten mit sprachlichem Lernen, aktive Einbeziehung von Flüchtlingen in die Projektumsetzung (und ggf. auch Projektplanung), Zusammenführung von Flüchtlingen und Einheimischen bei konkreten Projektaktivitäten, Kooperation mit externen Partnern wie Hilfsorganisationen, Bildungsträgern, Kommunen u. a. sowie begleitende Qualifizierung von ehrenamtlichen Helfern (ggf. Aussage zu vorhandenen Qualifikationen der Helfer).

▷ [www.dbu.de](http://www.dbu.de)

Tagung**Integration heißt Teilhabe**

□ Die Tagung „Integration heißt Teilhabe“ der Stiftung Mitarbeit am 21./22. Juni 2016 in Berlin stellt das bürgerschaftliche Engagement in der Flüchtlingsarbeit und die Beteiligung von geflüchteten Menschen in den Mittelpunkt. Sie richtet sich an Vertreter\*innen aus selbstorganisierten Initiativen und Projekten wie auch aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommunen. Die Teilnehmenden erarbeiten in thematischen Workshops Handlungsempfehlungen. Diese sollen durch die Diskussion im Rahmen der Tagung und ihre Dokumentation öffentlich sichtbar gemacht und in der Politik wahrgenommen werden.

▷ [www.mitarbeit.de/veranstaltungen\\_2016.html](http://www.mitarbeit.de/veranstaltungen_2016.html)

Praxisbroschüre**Mehrsprachig in die Natur**

□ Bei der Erarbeitung der Publikation „Vielfalt erleben: Mehrsprachig in

die Natur“ wurden Wald, Wiese und Bach als „Projektraum“ für mehrsprachige Aktivitäten genutzt. Die daraus entwickelten Praxisbeispiele sollen als Anregungen für Pädagog\*innen und Naturvermittler\*innen dienen, die sprachliche Vielfalt im Unterricht und in der Natur spielerisch zu fördern. Die von Naturfreunde Internationale herausgegebene 24-seitige Broschüre gliedert sich in einen einleitenden Teil mit Hintergrundinformationen zu Mehrsprachigkeit und einen praktischen Teil mit Beschreibungen sprachsensibler Gruppenaktivitäten.

▷ [www.nfi.at/dmdocuments/NFI\\_Vielfalt\\_Erleben\\_Brosch\\_WEB.pdf](http://www.nfi.at/dmdocuments/NFI_Vielfalt_Erleben_Brosch_WEB.pdf)

Online-Magazin**Klimaflucht**

□ Die zweite Ausgabe des Magazins „Klasse Klima – heißkalt erwischt“ hat das Thema Klimaflucht gewählt. Für die Zielgruppe Schüler\*innen der Sekundarstufe wird anschaulich dargestellt, welche Phänomene des Klimawandels Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen. Ein Kapitel „Krokodile im Spreewald – oder was ist schon normal?“ gibt überraschende Einblicke in Ängste mancher neu ankommender junger Menschen und Anregungen, wie Kinder mit Verschiedenheiten umgehen können. Das Magazin ist Teil des Projekts „Klasse Klima – heißkalt erwischt“. Die Projektträger BUNDjugend, Naturschutzjugend und Naturfreundejugend bauen darin gemeinsam Kooperationen mit Schulen auf. Bis 2018 sollen über 5.000 Schüler\*innen der Sekundarstufe I aller Schulformen motiviert werden, einen klimafreundlichen Lebensstil zu erproben. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert.

▷ [www.klasse-klima.de/magazin](http://www.klasse-klima.de/magazin)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Digitale Medien

### Bewegte Bilder für den Wandel

□ Ein neuer Film und animierte Bilder mit Symbolen aus der Praxis der Bildungsakteure der ANU zeigen, was Umweltbildungszentren anderen Engagierten im Bereich der Transformation für Nachhaltigkeit zu bieten haben. Neun animierte Bilder im GIF-Format (animated gifs) stellen Umweltpädagog\*innen vor, die ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre pädagogischen Kompetenzen in den sozial-ökologischen Transformationsprozess einbringen und weitere Aktive für den Wandel suchen. Mit wechselnden Slogans unter dem Motto „Biete-Suche“ werden junge Initiativen des Teilens, Tauschens, Selbermachens und junge Menschen angesprochen, die in ihrer Stadt etwas bewegen wollen. Die Medien sind im Rahmen des Projekts „Vom Handeln zum Wissen – Umweltzentren als Change Agents einer Transformation von unten“ entstanden, das von Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium gefördert wird. Sie können von Umweltbildungsanbietern genutzt und verbreitet werden.

▷ [www.umweltbildung.de/transformation-medien.html](http://www.umweltbildung.de/transformation-medien.html)

## WISSENSWERT

Agendakongress des BMBF

### Bildung für nachhaltige Entwicklung

□ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veranstaltet den ersten bundesweiten Agendakongress für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Forum für fachliche Diskussionen und neue Ideen am 11./12.07.2016

im Berlin Congress Center. Er wird von Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka als Gastgeberin eröffnet. Gemeinsam mit der Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission Prof. Dr. Verena Metzke-Mangold wird sie Lernorte, Netzwerke und Kommunen auszeichnen, die herausragende Bildung für nachhaltige Entwicklung umsetzen und verankern. Der Kongress bietet allen Teilnehmenden die Möglichkeit des regelmäßigen Austauschs und hat die Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zum Ziel.

▷ [www.bne-portal.de/de/bundesweit/agendakongress](http://www.bne-portal.de/de/bundesweit/agendakongress)

Kampagne Recyclingpapier

### Schulstart mit Blauem Engel

□ Die Kampagne „Schulstart mit dem Blauen Engel“ ist eine Kommunikations- und Weiterbildungsmaßnahme zum Thema Recyclingpapier, die von Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt, Jury Umweltzeichen und RAL gGmbH getragen wird. Sie will auch in diesem Jahr wieder Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, sich für einen umweltfreundlicheren Konsum von Papierprodukten einzusetzen. „Deshalb rufen wir neben Umwelt- und Verbraucherbänden insbesondere Bildungseinrichtungen dazu auf, über die Umweltvorteile von Recyclingpapier zu informieren und mit uns die Papierwende in Gang zu setzen.“ so Volker Teichert von der Jury Umweltzeichen. Die Kampagne ruft zu gezielten Mitmachaktionen auf. Zum Beispiel können Schulklassen und Umweltgruppen in den Geschäften ihrer Stadt Recyclingpapier-Marktchecks durchführen und Schreibwarenläden ohne Recyclingpapier die „Blaue Karte“ zeigen. Ein Leitfaden und Aktionsmaterialien zum Marktcheck sowie weitere Infomaterialien zur zielgruppengerechten Vermittlung des Blauen Engels und seiner Orientierungsfunktion stehen zum Download bereit und können kostenlos angefordert werden.

▷ [www.blauer-engel.de/schulstart](http://www.blauer-engel.de/schulstart)

## UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de).

8. Juni, Berlin

**Interkulturelles Umweltengagement: Schlüssel zur Partizipation. Yeşil Çember – ökologisch interkulturell gemeinnützige GmbH**

▷ [https://www.woche-der-umwelt.de/index.php?menuecms=2708&programm\\_id=190](https://www.woche-der-umwelt.de/index.php?menuecms=2708&programm_id=190)

7. Juni bis 19. Juli (jeweils dienstags), Universität Freiburg

**Lernen über den Tag und das Fach hinaus. Ringvorlesung zu BNE an Schulen**

▷ [www.zlb.uni-freiburg.de/aktuell/nachrichten/ringvl-bne](http://www.zlb.uni-freiburg.de/aktuell/nachrichten/ringvl-bne)

19. bis 29. August, Rheinland

**Klimacamp und Degrowth-Sommerschule „Skills for System Change“**

▷ [www.klimacamp-im-rheinland.de/](http://www.klimacamp-im-rheinland.de/)

ab 15. Oktober 2016, Hamburg,

**Fachkraft für Naturerlebnispädagogik, berufsbegleitende Ausbildung**

▷ [www.naturseminare-hh.de](http://www.naturseminare-hh.de)

## Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Annette Dieckmann (verantwortl.), [dieckmann@anu.de](mailto:dieckmann@anu.de),  
Tina Teucher, [tina.teucher@anu.de](mailto:tina.teucher@anu.de)

ANU-Bundesverband e. V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)